

unbekannt

Max Krausch
Kurt

Otto Römonath

ek

Gedenkstätten Rundbrief

- 3 Ein vielschichtiger Ort gemeinsamen Erinnerens.
Zur Neueröffnung des Deutsch-Russischen Museums
Berlin-Karlshorst
Julia Franke, Andrea Kamp, Jörg Morré, Babette Quinkert
- 16 »Ich hätte nicht gedacht, dass das auch Spaß machen kann!« –
Pädagogische Arbeit an einem Ort, der für Leid, Verbrechen
und Tod steht
Carmen Lange
- 22 Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße – Geschichte entdecken
Irene von Götz
- 28 SA-Terror als Herrschaftssicherung. Neue Dauerausstellung
in der Gedenkstätte »Köpenicker Blutwoche«
Amelie Artmann, Yves Müller
- 40 Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin
Silvija Kavčič, Sören Schneider, Sophia Schmitz
- 44 Veranstaltungshinweise
- 48 60. bundesweites Gedenkstättenseminar
Haus auf der Alb, Bad Urach, 12.–14. Juni 2014
Archive und Sammlungen in Gedenkstätten: Herausforderungen –
Lösungsmöglichkeiten – Praxisbeispiele
Veranstaltet von
Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn,
Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e.V.– KZ-Gedenkstätte,
Gedenkstätte Grafeneck,
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart,
Stiftung Topographie des Terrors, Berlin
- 52 Literaturhinweise

Titel: Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße.
Siehe dazu auch den Artikel von Irene von Götz in diesem Heft.
Foto: Harry Weber

Ein vielschichtiger Ort gemeinsamen Erinnerns

ZUR NEUERÖFFNUNG DES DEUTSCH-RUSSISCHEN MUSEUMS
BERLIN-KARLSHORST

Julia Franke, Andrea Kamp, Jörg Morré, Babette Quinkert

Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst ist ein vielschichtiger historischer Ort. In dem Ende der 1930er-Jahre erbauten früheren Offizierskasino der Festungspionierschule I fand im Frühjahr 1945 ein Akt von welthistorischer Bedeutung statt: Hier endete der Zweite Weltkrieg in Europa. In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 unterzeichneten die Spitzen der deutschen Wehrmacht vor Vertretern der Sowjetunion, Großbritanniens, der USA und Frankreichs kurz nach Mitternacht die bedingungslose Kapitulation. Der historische Saal bildet heute das Herzstück des Museums. Und am 8. Mai veranstaltet das Haus jährlich ein Fest, dessen Höhepunkt um 22 Uhr der in Anwesenheit von Botschaftern der Alliierten im Kapitulationssaal ausgesprochene »Toast auf den Frieden« ist.

Der 8./9. Mai 1945 ist zweifellos das wichtigste historische Datum, an welches das Museum erinnert; allerdings prägten auch andere Nutzungsphasen den historischen Ort. Als die Rote Armee im April 1945 Berlin eroberte, schlug zunächst die 5. Stoßarmee der 1. Belorussischen Front unter Generalleutnant Nikolaj Bersarin ihr Hauptquartier in dem Offizierskasino der Wehrmacht auf. Nach der Kapitulation im Mai 1945 diente das Gebäude bis 1949 als Sitz der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Seit Ende der 1960er Jahre beherbergt das Haus ein Museum: 1967 eröffnete die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland das »Museum der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945«. Es entstand zu einer Zeit, als die Sowjetunion mit dem Aufbau neuer Gedenkstätten im In- und Ausland ihre Traditionspflege zur Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg erheblich intensivierte. Die Eröffnung fand am 5. November 1967, zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution, statt. Die Ausstellung, die sich vornehmlich an sowjetische Truppenangehörige richtete, zeichnete den militärischen Weg der Roten Armee bis Berlin nach und stellte die Eroberung der deutschen Hauptstadt und den damit verbundenen Triumph über den Faschismus in den Mittelpunkt. Neben Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte öffnete sich das Museum zunehmend auch anderen Besuchergruppen aus dem In- und Ausland.

Mit dem im Oktober 1990 geschlossenen deutsch-sowjetischen Vertrag über den Abzug sowjetischer Truppen aus Deutschland stand auch die Zukunft des Museums auf der Agenda. Im sogenannten Deutsch-Sowjetischen Freundschaftsvertrag vom 9. November 1990 verpflichteten sich beide Seiten, »sich für die Erhaltung der in ihrem Gebiet befindlichen Kulturgüter der anderen Seite einzusetzen«. Gemäß einem Notenaustausch zwischen den Regierungen vom September 1991 und Juni 1992 zählte hierzu auch das Museum in Karlshorst. Bereits im Vorfeld der Verhandlungen hatte eine paritätisch besetzte deutsch-sowjetische Expertenkommission darüber beraten, unter welchen Bedingungen das Museum fortgeführt werden könnte. Die Experten gelangten zu dem Ergebnis, dass das historische Gebäude mit seinen Gedenkkräusen erhalten, die Ausstellung zur Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges aber grundlegend überarbeitet werden sollte. Mit der Neukonzeption der Ausstellung wurde

ein Arbeitsstab beauftragt, der im Frühjahr 1992 seine Arbeit aufnahm.¹ Dieser erarbeitete ein Ausstellungskonzept, das von einer dualen Sichtweise getragen wurde: Neben der sowjetischen sollte nun auch die deutsche Perspektive auf den Krieg 1941–1945 vermittelt werden. Mit der Neueröffnung des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst am 10. Mai 1995 beschränkt erstmals zwei ehemalige Kriegsgegner den Weg der gemeinsamen Erinnerung an den Krieg.

Die vormals stark heroisierende Darstellung des sowjetischen Siegeszuges wich einer um Objektivität bemühten Schilderung des Kriegsverlaufs und Soldatenalltags auf beiden Seiten. Der Fokus der 1995 neu eröffneten Dauerausstellung lag aber deutlich auf dem verbrecherischen Charakter des von Deutschland gegen die Sowjetunion geführten Vernichtungskrieges. Hier stand das Deutsch-Russische Museum Karlshorst in der Tradition der von Reinhard Rürup und anderen 1991 konzipierten Wanderausstellung »Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945«.² Der grundlegende Unterschied zu dieser wie auch den beiden späteren Ausstellungen über Wehrmachtverbrechen des Hamburger Instituts für Sozialforschung³ bestand in dem Ansatz, museal, also mit Originalen zu erzählen. Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst erhielt somit einen anderen Vermittlungscharakter als die genannten Dokumentationen.

Die Basis der musealen Sammlung bildeten zunächst Objekte aus dem Zentralmuseum der Streitkräfte in Moskau, die nach der Auflösung des sowjetischen »Kapitulationsmuseums« als Dauerleihgabe in Berlin-Karlshorst verblieben. Hierbei handelte es sich vor allem um Waffen, Uniformen und militärische Auszeichnungen. Ergänzt wurden diese durch Leihgaben aus anderen Partnereinrichtungen in der Russischen Föderation, der Ukraine, Belarus und Deutschland sowie zahlreiche Schenkungen und Ankäufe.

Besonders profiliert hat sich das Museum mit seiner fotografischen Sammlung. Dem früheren Leiter Peter Jahn und seinem Team ist es gelungen, die fotografischen Nachlässe einiger sehr bekannter sowjetischer Fotokorrespondenten zu erwerben und in viel beachteten Sonderausstellungen zu präsentieren.⁴ Ergänzt wird dieser Bestand durch eine umfangreiche Sammlung an Amateurfotografien von Angehörigen der deutschen Wehrmacht.⁵ Ein besonderes Verdienst des Museums lag darin, mit verschiedenen Sonderausstellungen wichtige Impulse zu erinnerungspolitischen Debatten beigesteuert zu haben. So lieferte eine Ausstellung über den ersten sowjetischen Stadtkommandanten Berlins, Nikolaj Bersarin, 1999 einen wichtigen Beitrag zum Streit um dessen Berliner Ehrenbürgerschaft.⁶ Im Ergebnis trug die Karlshorster Ausstellung dazu bei, dass Bersarin 2003 die Ehrenbürgerschaft erneut zuerkannt wurde. Eine Ausstellung über Frauen in der Roten Armee zur Jahreswende 2002/2003 gab Einsichten in einen bis dahin von der Militärgeschichte weitgehend unterbelichteten Bereich und stellte weitverbreiteten Klischees den vielschichtigen Alltag weiblicher Armeeingehöriger während des Zweiten Weltkriegs gegenüber.⁷

Seit 1995 besuchten mehr als eine halbe Million Besucher das Museum. Der historische Ort der Kapitulation liegt ebenso auf der Route touristischer Gruppen und Einzelbesucher wie auch von Gruppen der politischen Bildung und Schulklassen. Englischsprachige Führungen werden mittlerweile wesentlich häufiger verlangt als russischsprachige. Wie andere Einrichtungen auch, sieht sich das Museum zunehmend mit der Tatsache konfrontiert, dass die Zahl der Besucher aus der Erlebnisgeneration des Zweiten Weltkriegs abnimmt. Dafür steigt die Zahl jüngerer Besucher, die eine größere



Militärtechnik im
Museumsgarten.

Alle Abbildungen:
Deutsch-Russisches
Museum Berlin-
Karlsruhorst,
Fotos: Thomas Bruns

Distanz zum historischen Geschehen haben und oftmals ohne spezifische Kenntnisse zum Ende des Zweiten Weltkrieges oder zum deutsch-sowjetischen Krieg 1941–1945 ins Museum kommen.

Neben diesen Veränderungen in der Besucherstruktur führte der allgemein in der Museumsbranche geltende Grundsatz, wonach eine Dauerausstellung nach zehn Jahren einer technischen und inhaltlichen Überarbeitung bedarf, dazu, dass sich das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlsruhorst, seit 2009 unter der Leitung von Jörg Morré zur Aufgabe machte, die vorhandene Ausstellung grundlegend zu überarbeiten. Dieser Prozess konnte nach Zusage finanzieller Sondermittel des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien im Jahr 2010 beginnen. Zum Ausstellungsteam gehörten Jörg Morré (Projektleitung), Andrea Kamp, Babette Quinkert (Kuratorinnen), Julia Franke (Didaktik, Mediencontent), Margot Blank (Bildredaktion) und Svetlana Andreeva (Sammlungsmanagement). Wissenschaftlich begleitet wurde das Ausstellungsteam durch eine deutsch-russische Arbeitsgruppe, die sich aus Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats des Museums zusammensetzte. Hierzu gehörten Reinhard Rürup, Rolf-Dieter Müller, Anna Morozowa und Igor Maximytschew.

Im Zuge des 2010 durchgeführten Gestalterwettbewerbs reichten acht Ausstellungsbüros ihre Entwürfe ein. Von den drei in die engere Auswahl gekommenen fiel die Entscheidung einstimmig auf das Leipziger Gestalterbüro KOCMOC.NET GmbH. Der Entwurf des Büros überzeugte nicht zuletzt deshalb, weil es den Wunsch des Museums, die Besucher stärker auf die Geschichte des Hauses hinzuweisen und insbesondere das historische Datum 8./9. Mai 1945 deutlicher ins Blickfeld zu rücken, am kreativsten und überzeugendsten umsetzte. Das vorgelegte Gestaltungskonzept zielte darauf, die verschiedenen historischen Zeitschichten des Gebäudes für die Besucher deutlicher sichtbar zu machen und dafür die historischen Räume im Erdgeschoss weitgehend von Ausstellungsmobiliar zu beräumen und aus dem Ausstellungsrundgang herauszulösen. Damit entstand sowohl eine deutliche Trennung als auch eine räumliche Klammer zwischen der Dauerausstellung »Deutschland und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg 1941–1945« im Ober- und Untergeschoss und den historischen Räumen im Erdgeschoss.

Der historische Ort

Um den Besucher stärker als bisher auf die unterschiedlichen Phasen in der Nutzungsgeschichte des Hauses hinzuweisen und damit für die Authentizität des historischen Ortes zu sensibilisieren, wurden die einzelnen Zeitschichten erkennbarer herausgearbeitet. Dies gelang zum einen durch die schon angesprochene Beräumung, die im Sinne einer »Freilegung« die ursprüngliche Architektur und das Interieur nun stärker zur Geltung bringt. Zum anderen erhielten jene baulichen und dekorativen Elemente, die als Relikte des sowjetischen »Kapitulationsmuseums« für diese Nutzungsphase stehen, eine konsequente Kommentierung und zeitliche Einordnung. Bereits beim Betreten des Hauses wird der Besucher mit den unterschiedlichen Zeitschichten konfrontiert: 1938–1945: Offizierskasino der Pionierschule I; April 1945: sowjetisches Hauptquartier; 8. Mai 1945: Kapitulation; 1945–1949: Sitz des Chefs der SMAD; 1967–1994: Museum der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945; 1995: Deutsch-Russisches Museum. Nicht zuletzt verdeutlicht dieser Umgang mit der Architektur des Museumsgebäudes auch eine Prozesshaftigkeit von Geschichte. Die duale – deutsche und russische – Erzählperspektive ist grundlegendes Charakteristikum des Museums. Dass die jeweiligen Perspektiven auf Krieg und Kriegsende sich unterscheiden, manifestiert sich nicht zuletzt in der unterschiedlichen Deutung des 8./9. Mai 1945. Um diese Differenz sichtbar zu machen, griffen die Gestalter zu einer visuellen Markierung, einem typografischen Element, welches im Foyerbereich des Museums den Blick des Besuchers auf die Dualität des Hauses lenkt – »8. Mai/9 Мая«. ⁸ Dieses Element taucht als eine Art Landmarke an zwei weiteren Stellen im Haus auf und markiert den Bezug des historischen Datums zum Ort.

Um den Besucher auf den historischen Kapitulationssaal einzustimmen, entwickelte das Gestalterbüro zusammen mit dem Museumsteam einen Raum, der sich in einer multiperspektivischen Annäherung der globalgeschichtlichen Bedeutung des Ereignisses widmet. Hierzu werden in einer Collage aus Exponaten, grafischen Elementen, einer Audioinstallation und Fotografien die unterschiedlichen Sichtweisen auf das historische Datum des Kriegsendes in der Bundesrepublik, der DDR, der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten sowie in Großbritannien, den USA und Frankreich vorgestellt.

Betrifft der Besucher den Kapitulationssaal, so mag er von der vermeintlichen Authentizität des Interieurs beeindruckt sein, doch handelt es sich hierbei eigentlich um eine Rekonstruktion für das »Kapitulationsmuseum« von 1967. Das Sitzungsmobiliar, welches der originalen Anordnung am 8. Mai 1945 nachempfunden ist, stammt teilweise aus dem Requisitenbestand der DEFA. Da der Saal nach dem 8. Mai 1945 für verschiedene Zwecke genutzt wurde – während der Zeit der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) als Fest- und Sitzungssaal, später vermutlich auch als Lagerraum – war das historische Mobiliar bei Einrichtung des Museums 1967 nicht mehr erhalten. Original erhalten ist hingegen die Innenausstattung aus den 1930er-Jahren: Parkettboden, Wand- und Deckengestaltung, Deckenleuchter sowie der kleine Orchesterbalkon. Die großen Marmortafeln an der rückwärtigen Saalwand, die jene sowjetischen Einheiten und Verbände aufzählen, welche für ihre Beteiligung an der Eroberung Berlins besonders geehrt wurden, stammen ebenfalls von 1967.

Drei weitere historische Räume wurden von der Beräumung des Erdgeschosses ausgenommen und behutsam in das neue Gestaltungskonzept eingegliedert: das Arbeitszimmer des Chefs der SMAD, der Raum zum Gedenken an die in der Schlacht um



Eingangsbereich
des Deutsch-
Russischen Museums
Berlin-Karlshorst



Historischer
Kapitulationssaal



Einblick in die Dauer-
ausstellung: Themen-
raum »Die Sowjetunion
im Krieg«

Berlin umgekommenen Rotarmisten und das Diorama »Schlacht um den Reichstag«. Das Diorama wurde 1967 von Michail Ananjew, einem Maler des Moskauer Grekow-Studios für Militärkünstler geschaffen. Zu den Relikten des »Kapitulationsmuseums« gehören außerdem zwei bunte Glasfenster, die im vorderen und hinteren Treppenhause des Gebäudes angebracht sind. Sie zeigen den »Treptower Helden«, die zentrale Monumentalskulptur des Sowjetischen Ehrenmals im Treptower Park in Berlin und eine Darstellung des Siegesfeuerwerks auf dem Roten Platz in Moskau am 9. Mai 1945.

Die grundlegende Neugestaltung des Erdgeschosses ermöglicht es dem Besucher, die wechselvolle Nutzungsgeschichte des Gebäudes zu erkennen und die einzelnen Zeitschichten des Hauses historisch einzuordnen. Zugleich nimmt die Gestaltung im Erdgeschoss schon klar Bezug auf die duale Erzählweise des Museums, die sich in der Dauerausstellung fortsetzt.

Die Dauerausstellung

Die neue Dauerausstellung des Museums »Deutschland und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg 1941–1945« befindet sich in neun Räumen im Obergeschoss des Hauses (Zeit bis 1945) und in einem Raum im Untergeschoss, der sich thematisch mit der Zeit nach 1945 befasst – sie umrahmt damit gewissermaßen das historische Datum des Kriegsendes am 8./9. Mai 1945.

Bei der Überarbeitung der Dauerausstellung diente die bisherige Ausstellung »Erinnerung an einen Krieg« als Orientierung.⁹ Ziel war es aber nicht nur, das äußere Erscheinungsbild der Ausstellung zu modernisieren und aktuellen Sehgewohnheiten anzupassen sowie den aktuellen Forschungsstand einzuarbeiten. Der mittlerweile veränderten Besucherstruktur mit einem jüngeren und internationaleren Publikum sollte auch dadurch Rechnung getragen werden, dass es einerseits eine klarere Trennung und Zuspitzung von Themen und andererseits deren punktuelle Einbettung in einen breiteren Kontext geben sollte. Im Zusammenspiel mit der Entscheidung, das Erdgeschoss nicht mehr als Ausstellungsfläche für die Dauerausstellung zu nutzen und dem Prinzip »ein Raum = ein Kapitel« führte dies zu einer Straffung der Ausstellung (zehn statt zuvor 16 Kapitel) und einer teilweisen inhaltlichen Schwerpunktverschiebung. So ist zum Beispiel der Chronologie des Krieges deutlich größere Aufmerksamkeit zuteilgeworden, weil dieses Rahmenwissen bei jüngeren Besuchern zunehmend nicht mehr vorhanden ist. Auch wird jetzt dem Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam ein eigenes Kapitel gewidmet, um diese Opfergruppe stärker in Erinnerung zu rufen. Nicht zuletzt wird die duale Erzählweise durch thematisch zugespitzte oder neu eingefügte Kapitel deutlicher hervorgehoben, wie die Kapitel 5 und 9 »Die Sowjetunion im Krieg« und »Der Weg nach Berlin«, die die sowjetische Erzählperspektive einnehmen oder das neu eingefügte Kapitel 8 »Der Krieg im Osten und die deutsche Gesellschaft«.

Das erste Kapitel spannt einen zeitlichen Bogen von 1914 bis 1941 und behandelt die wechselvolle Beziehungsgeschichte zwischen Deutschland und Russland in diesem Zeitraum. Nachdem die beiden Länder im Ersten Weltkrieg Kriegsgegner waren, entwickelten sich ihre Beziehungen nach 1918 durchaus nicht einheitlich. Sie reichten von einvernehmlicher Kooperation bis hin zu offener Feindschaft. Thematisiert werden unter anderem die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit in den 1920er-Jahren, die vielschichtigen Freund- und Feindbilder, die Machtübernahme der Natio-

nalsozialisten und ihre Kriegsvorbereitungen ab Mitte der 1930er-Jahre, der Hitler-Stalin-Pakt, der Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 und die Besetzung Polens durch die Wehrmacht und die Rote Armee. In die Erzählung eingeschoben ist auch ein Exkurs, der die Sowjetunion als Gesellschaft zwischen revolutionärem Elan, Hungerkatastrophen und Terror vorstellt. Einen zentralen Stellenwert hat die 1940/41 auf deutscher Seite begonnene konkrete Planung des Krieges gegen die Sowjetunion, die von Beginn an einen verbrecherischen Charakter hatte: Millionen Hungertote wurden einkalkuliert und der systematische Mord an hunderttausenden von als »jüdisch-bolschewistisch« diffamierten sowjetischen Funktionären und Angehörigen der Intelligenz vorbereitet.

Das zweite Kapitel befasst sich mit der Chronik des Krieges vom Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 bis zur Kapitulation am 8./9. Mai 1945. Ausgewählte Offensiven und Schlachten werden auf einem zentralen Riegel in der Raummitte chronologisch dargestellt und durch zwei große Themenkomplexe ergänzt: den Alltag der Männer und Frauen, die als Angehörige der Wehrmacht und der Roten Armee am Krieg teilnahmen, sowie einen Exkurs über die Rolle der Fotografie im Krieg. In diesem Raum geht es einerseits darum, die großen militärischen Abläufe zu vermitteln und zugleich Einblicke in den Alltag der einfachen Angehörigen der jeweiligen Armeen zu gewähren. Andererseits ermöglicht der Exkurs zur Fotografie im Krieg dem Besucher einen quellenkritischen Zugang zu den Fotografien, die in der Ausstellung gezeigt werden, indem drei unterschiedliche Bildproduzenten vorgestellt werden.

Das dritte Kapitel ist den etwa 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam gewidmet, von denen mehr als 3 Millionen starben. Die Ermordung oder die zum Tode führende gezielte Vernachlässigung dieser Menschen gehört zu den größten deutschen Kriegsverbrechen. Dem Besucher soll verdeutlicht werden, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen nach den europäischen Juden die zweitgrößte Opfergruppe nationalsozialistischer Verbrechen waren. Thematisiert werden unter anderem das völkerrechtswidrige Vorgehen der Wehrmacht, die Morde an Politoffizieren der Roten Armee, an Offizieren, von den Deutschen als jüdisch oder asiatisch eingeordneten Gefangenen und weiblichen Armeeingehörigen, das Massensterben in den Kriegsgefangenenlagern, Zwangsarbeit und Kollaboration.

Das vierte Kapitel konzentriert sich auf die zivilen Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft, die im Allgemeinen in der deutschen Erinnerung bis heute kaum präsent sind: die jüdische Bevölkerung, die ab Ende Juli 1941 systematisch ermordet wurde, die sowjetischen Roma, Patienten in Heil- und Pflegeanstalten, Opfer der deutschen Partisanenbekämpfung unter der Landbevölkerung, Hungertote und Opfer deutscher Rückzugsverbrechen.

Das fünfte Kapitel nimmt einen Perspektivwechsel vor: Es springt zeitlich auf den Tag des Überfalls am 22. Juni 1941 zurück und erzählt Krieg und Besatzung aus sowjetischer Sicht: die Kriegsmobilisierung der Bevölkerung im nicht besetzten Hinterland der Sowjetunion, den Verteidigungs- und Überlebenskampf im belagerten Leningrad und die Partisanen- und Widerstandsbewegung in den besetzten Gebieten.

Das sechste Kapitel nimmt mit der Thematisierung der Anti-Hitler-Koalition eine Perspektiverweiterung vor. Obwohl die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten USA und Großbritannien spannungsreich waren, gingen die drei Mächte ein Bündnis ein, dessen Ziel die gemeinsame Zerschlagung der nationalsozialistischen Herrschaft in Europa war.

Im siebten Kapitel wird die Kriegsgefangenschaft der etwa 2,6 Millionen Wehrmachtssoldaten thematisiert, von denen der größte Teil erst gegen Ende des Krieges in Gefangenschaft geriet. Auch wenn die Sowjetunion internationale Kontrollen nicht zuließ und die Bedingungen in den Lagern von Hunger und schwerer Arbeit geprägt waren, entsprach ihre Behandlung grundsätzlich dem Völkerrecht.

Das achte Kapitel behandelt die Auswirkungen des Krieges gegen die Sowjetunion auf die deutsche Gesellschaft. Die propagandistische Mobilisierung der deutschen Bevölkerung wird ebenso thematisiert wie deren vielfältige direkte Kontakte mit sowjetischen Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeitern. Kenntnisse über deutsche Verbrechen, in der unmittelbaren Nachbarschaft oder in den weit entfernten besetzten sowjetischen Gebieten, waren weit verbreitet. Dennoch – oder gerade deshalb – gelang es dem nationalsozialistischen Regime, den Durchhaltewillen der deutschen Bevölkerung bis zum Ende aufrechtzuerhalten.

Das neunte Kapitel erzählt die Endphase des Krieges aus der Sicht der Angehörigen der Roten Armee. Im Januar 1944 überschritten sowjetische Truppen auf breiter Front die Grenze des Deutschen Reiches. Der Kampf um Berlin wurde zur letzten großen Schlacht des Krieges in Europa. Die Perspektive der sowjetischen Soldaten war von der sowjetischen Propaganda, aber auch durch die Konfrontation mit deutschen Verbrechen in Ost- und Südosteuropa geprägt, auf deren Spuren die Rote Armee bei ihrem Vormarsch stieß. Rachegefühle waren daher in den sowjetischen Truppen weit verbreitet und manifestierten sich vielfach in Gewalttaten gegen Deutsche. Die sowjetische Militärführung versuchte dies einzugrenzen und bemühte sich schon bald nach Beendigung der Kämpfe um die Versorgung der Bevölkerung und den Wiederaufbau eines zivilen Lebens. Mit der Schilderung der ersten Wochen der sowjetischen Militärverwaltung in Berlin endet der Rundgang im Obergeschoss. Zugleich wird der Besucher thematisch zurückgeführt an den historischen Ort, an dem er sich befindet.

Über das Treppenhaus gelangt er ins Untergeschoss und in das letzte Kapitel der Ausstellung, welches sich mit den Kriegsfolgen und der Erinnerung an den Krieg befasst. Dieses Kapitel ist grundlegend anders konzipiert als die neun vorangegangenen. Um der Frage nachzugehen, welche Folgen der Zweite Weltkrieg für die Gesellschaften und Individuen hatte und welche nachhaltigen Auswirkungen er bis in unsere Gegenwart hinein hat, werden einzelne Aspekte angerissen, die, weder chronologisch noch thematisch geordnet, Anreize zum Weiterdenken geben sollen.

Das Themenspektrum reicht von den unmittelbaren Kriegsfolgen, wie Menschenverluste und Zerstörungen, Verlust der Heimat und Rückkehr über die politische Teilung Europas und die juristische Aufarbeitung von Verbrechen hin zu Fragen von Erinnerung und Aufarbeitung der Vergangenheit. Ein besonderer Fokus wird auf die unterschiedlichen Erinnerungskulturen in der Sowjetunion, der DDR und der BRD bis zur Wiedervereinigung gelegt sowie auf die Diskrepanz zwischen öffentlicher und privater Erinnerung. Die Erzählung erfolgt an Einzelobjekten, die stellvertretend für ein Thema stehen und vom Besucher je nach Interesse ausgewählt werden können. Eine Hörstation in der Raummitte bringt russische, ukrainische und deutsche Stimmen zu Gehör, die darüber reflektieren, was der Krieg ihnen persönlich heute bedeutet. Das Vermittlungsziel dieses Schlusskapitels besteht darin aufzuzeigen, dass die tief greifenden Folgen des Zweiten Weltkriegs bis in unsere Gegenwart hineinreichen – in politischer, gesellschaftlicher, familiärer oder individueller Hinsicht – und die kritische



Leitexponat in der Ausstellung: Mantel und Mütze eines sowjetischen Kriegsgefangenen



Hinterleuchtetes Fotoband in der Ausstellung



Diorama aus dem Jahr 1967 neu präsentiert

Auseinandersetzung mit dieser Zeit deshalb auch für jüngere Besucher durchaus aktuell und lohnenswert sein kann.

Die neue Ausstellung hat den Anspruch, verständlich und voraussetzungslos zu erzählen, Ereignisse, Grundbegriffe und Kontexte sowie historische Akteure zu erklären. Das äußere Erscheinungsbild wurde entsprechend zeitgemäßer Sehgewohnheiten von Grund auf erneuert und modernisiert. Die Textstruktur – jeweils ein Kapitel-/Raumtext, Unterkapiteltexte, thematische Zwischenüberschriften, Exponatbeschriftungen – soll dem Besucher eine schnelle Orientierung in der Ausstellung erleichtern und selektives Lesen unterstützen. Die zehn Raumtexte sind so verfasst, dass auch ihre alleinige Lektüre einen Überblick über die Ausstellungsinhalte erlaubt.

Besondere Erzählelemente strukturieren die Ausstellung und unterstützen die inhaltliche Vermittlung. So spricht in jedem Raum ein sogenanntes Leitexponat den Besucher emotional an und vermittelt ein starkes, erstes »Bild«, das auch nach dem Ausstellungsbesuch in der Erinnerung haften und mit dem jeweiligen Thema verknüpfbar bleibt. Diese Leitexponate nutzen visuelle und auditive Eindrücke – es sind dreidimensionale Exponate, Fotografien, Audioeinspielungen oder auch eine auffällige Raumarchitektur.

Ein weiteres Erzählelement sind »Biografische Schlaglichter«. Auf 15 Monitoren, die in der Ausstellung verteilt sind, werden in kurzen Filmen Einzelpersonen vorgestellt, deren Leben mit den geschilderten Ereignissen verknüpft sind: Der zwanzigjährige Dmitrij Konstantinowitsch Lewinskij (Kapitel 3) geriet im August 1941 in deutsche Kriegsgefangenschaft. Er gehörte zu der Minderheit der Gefangenen, die das massenhafte Hungersterben im Herbst und Winter 1941/42 überlebte. 1943 wurde er in das berüchtigte Konzentrationslager Mauthausen verschleppt, wo er am 5. Mai 1945 von amerikanischen Truppen befreit wurde. Die gesamte Gefangenschaft über war es ihm gelungen, das Bild seiner Freundin, die er vor dem Krieg kennengelernt hatte, bei sich zu bewahren. Sie trafen sich nach dem Krieg in ihrer Heimatstadt Leningrad wieder und gründeten eine Familie.

Die Sanitäterin Nina Pawlowna Baranowa (Kapitel 3) war ebenfalls 20 Jahre alt, als sie 1943 in deutsche Kriegsgefangenschaft geriet. Zusammen mit anderen Rotarmistinnen weigerte sie sich, ihren militärischen Status abzulegen und kam in KZ-Haft. Im April 1945 wurde sie auf dem Todesmarsch der Häftlinge aus dem Konzentrationslager Ravensbrück von der Roten Armee befreit. Nach dem Krieg berichtete sie in Schulen über ihre Erlebnisse und engagierte sich in der internationalen Friedensbewegung.

Der 56jährige Rom Villem-Vilep Indus (Kapitel 4) lebte beim deutschen Einmarsch mit seiner Frau und den gemeinsamen sechs Kindern im estnischen Narwa. Ende 1941 wurde er verhaftet und trotz der Gnadengesuche seiner Frau Anfang 1943 hingerichtet. Wie tausend anderer Roma fiel er der systematischen Verfolgungs- und Mordpolitik der deutschen Besatzungsmacht gegen die Minderheit zum Opfer.

Anna Dawidowna Krasnoperko (Kapitel 4) war 16 Jahre alt, als die Deutschen sie zusammen mit anderen Familienangehörigen im Sommer 1941 ins Minsker Ghetto sperrten. Ihr, ihrer Schwester und ihrer Mutter gelang es, zu fliehen und sich den sowjetischen Partisanen anzuschließen. Nach dem Krieg studierte sie Journalistik und arbeitete 30 Jahre lang als Redakteurin.

Die Ukrainerin Anna Josefowna Komar-Kolomiez (Kapitel 4) wurde im Februar 1942 zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Die junge Frau musste in Iggel-

heim/Pfalz als »Haushalts- und Landwirtschaftshelferin« bei einer Familie arbeiten und wurde, anders als viele andere sogenannte Ostarbeiterinnen, freundlich aufgenommen. Insbesondere zu den Kindern entwickelte sich eine persönliche Beziehung, die den Sohn der Familie mehr als 50 Jahre nach dem Krieg dazu veranlasste, in die Ukraine zu reisen und Anna Komar-Kolomiez wiederzutreffen.

Der Wehrmachtsoldat Fritz Schmenkel (Kapitel 4) verließ im Herbst 1941 unerlaubt seine Einheit und schloss sich den sowjetischen Partisanen im Smolensker Gebiet an. Ende 1943 wurde der überzeugte Kommunist gefasst, vor ein deutsches Kriegsgericht gestellt und am 22. Februar 1944 in Minsk hingerichtet. In der DDR wurden Straßen, Schulen und andere Einrichtungen nach ihm benannt, doch nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 verschwand sein Name vielerorts aus dem öffentlichen Raum.

Iwan Stepanowitsch Wsewolodow (Kapitel 5) wurde 1941 zur Roten Armee eingezogen und kam 1942 bei Smolensk um. Sein Sohn lernte ihn nie kennen. Erst der Enkel Wsewolodows erfuhr 2001, wo der Großvater begraben liegt.

Der Russlanddeutsche Wilhelm Biedlingmeier (Kapitel 5), dessen Familie seit Generationen im Kaukasus lebte, wurde 1941 mit seiner Frau und den Kindern nach Kasachstan deportiert. Sie kehrten nie an ihren Heimatort zurück.

Der Schriftsteller und Journalist Ilja Grigorjewitsch Erenburg (Kapitel 5) schrieb während des Krieges für zahlreiche sowjetische und internationale Printmedien. Seine Artikel, in denen er offen zum Hass gegen die Deutschen aufrief, genossen insbesondere bei sowjetischen Soldaten große Popularität. Erenburg stellte zudem die erste Dokumentation über den Massenmord an den sowjetischen Juden zusammen, die jedoch in der Sowjetunion nicht erscheinen durfte.

Olga Dmitrijewna Rschewskaja (Kapitel 5) war Kundschafterin eines Partisanenregiments. Die 20jährige geriet 1943 in deutsche Gefangenschaft. Nachdem sie mehrere Gefangenenlager überlebt hatte, wurde sie erschossen. Vor ihrer Hinrichtung schrieb sie ihrer Mutter einen Abschiedsbrief auf ein Kopftuch, welches aus dem Gefängnis geschmuggelt werden konnte.

Abba Kowner (Kapitel 5) war Kommandeur der jüdischen Vereinigten Partisanen Organisation in Litauen. Er rief im Ghetto Wilna zum bewaffneten Widerstand auf. Nach dem Krieg lebte er als Schriftsteller in Israel und sagte 1961 als Zeuge im Eichmann-Prozess aus.

Der jüdische Kommunist Herbert Baum (Kapitel 8) organisierte zusammen mit Gleichgesinnten im Mai 1942 einen Brandanschlag auf eine antisowjetische Ausstellung im Berliner Lustgarten. Die Gruppe flog auf. Herbert Baum wurde verhaftet und starb am 11. Juni 1942 im Gefängnis im Berlin-Moabit – nach Aussage der Gestapo beging er Suizid. Mindestens 34 weitere Mitglieder der Untergrundgruppe wurden verhaftet und hingerichtet. Meta Klibansky (Kapitel 8) und ihre Angehörigen wurden im Juli 1942 zusammen mit anderen jüdischen Familien von Köln aus »in den Osten« deportiert. Die Klibanskys warfen eine Postkarte aus dem Zug, in der sie einer nichtjüdischen Familie für deren Unterstützung dankten – dies war ihr letztes Lebenszeichen. Die Eheleute Klibansky, ihre drei Söhne und Meta Klibanskys Mutter wurden nach ihrer Ankunft in Minsk im nahe gelegenen Maly Trostenez ermordet. Nikolaj Erastowitsch Bersarin (Kapitel 9) war der erste sowjetische Stadtkommandant von Berlin. In dieser Funktion setzte er sich bis zu seinem Unfalltod im Juni 1945 für die Wiederherstellung der Ordnung in der zerstörten Stadt ein.

Themenraum zur
Anti-Hitler-Koalition



Wladimir Natanowitsch Gelfand (Kapitel 9) war Offizier der Roten Armee und erlebte das Kriegsende und die unmittelbare Nachkriegszeit in Berlin. In seinem Tagebuch notierte er seine Erlebnisse und Eindrücke von Deutschland und den Deutschen.

Die biografischen Schlaglichter sind ein wichtiger Ansatzpunkt für die Museumspädagogik und historisch-politische Bildungsarbeit. Sie erhellen jeweils einen bestimmten Aspekt und schaffen einen anderen, einen individuellen Zugang zum Thema. Zugleich ergänzen sie die eher dokumentarisch gehaltene Ausstellung um eine narrative Form der Vermittlung. Sie zeigen, dass Geschichte immer multiperspektivisch ist und dass es individuell unterschiedliche Erfahrungen und Umgangsweisen (»Handlungsspielräume«) gibt. Hierin besteht ein wichtiger Vermittlungsansatz gerade für jüngere Museumsbesucher. Ein zusätzliches Vermittlungs- und Vertiefungsangebot sind ausziehbare Tableaus, auf denen Personen der politischen und militärischen Führung mit knappen biografischen Angaben vorgestellt und in ihrer Funktion erklärt werden. Diese Kurzbiografien richten sich ebenfalls an Besucher mit wenig spezifischen Kenntnissen. Alle Texte sind paritätisch deutsch und russisch, zusätzlich bietet die Ausstellung internationalen Besuchern eine um 40 Prozent gekürzte englische Textversion an.

Erzählt wird an Exponaten – dreidimensionalen Objekten, »Flachware« (Dokumenten) sowie Fotografien, die zu kleineren Erzähleinheiten zusammengefasst sind. Dabei werden die Objekte nicht illustrativ eingesetzt, sondern es wird an ihnen erzählt. Dies gilt auch für die zahlreichen Fotografien, die etwa die Hälfte der rund 850 gezeigten Exponate ausmachen. Sie sind – bis auf wenige Ausnahmen – in einem einheitlichen Format reproduziert, um ihren Charakter als Quelle zu betonen. Sie dienen nicht illustrativen Zwecken, sondern erzählen als eigenständige Exponate jeweils spezifische Aspekte. Angaben zum Fotografen, soweit bekannt, und seinem Kontext – Fotograf der Propagandakompanien der Wehrmacht, sowjetischer Fotokorrespondent, Amateurfotograf – knüpfen an den Exkurs zur »Fotografie im Krieg« im zweiten Kapitel an. Die Besucher werden so angeregt, sich quellenkritisch mit den Fotografien zu beschäftigen, die immer nur eine interpretierte, durch den Akt des Fotografierens und unsere Rezeption beeinflusste Realität abbilden.

Musealisierung des Außenbereichs

Der Außenbereich des Museums wurde ebenfalls in die Neukonzeption des Hauses einbezogen. Ziel war es, die 1967 im Museumsgarten aufgestellten sowjetischen Großwaffen stärker zu kontextualisieren und in die Erzählung des Ausstellungsrundgangs einzubetten. Hierzu erhielten die Waffen analog zur Gestaltung im Erdgeschoss des Hauses neue Kommentierungen. Eine zusätzlich konzipierte Hörstation im Außenbereich bietet dem Besucher einen erfahrungsgeschichtlichen Zugang zu den ausgestellten Großwaffen: Eingesprochene Texte geben Einblick in die Alltagserfahrungen von Soldaten und Sanitäterinnen im Umgang mit Militärtechnik.¹⁰

Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst ist ein wichtiger Erinnerungsort von nationaler und internationaler Bedeutung. Als einziges Museum in Deutschland stellt es mit seiner Dauerausstellung den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion in den Mittelpunkt und ruft auch solche Opfergruppen in Erinnerung, die bis heute in der Öffentlichkeit wenig präsent sind. Das Museum stellt somit eine wichtige Ergänzung zu anderen Einrichtungen der historisch-politischen Aufarbeitung innerhalb der Berliner Gedenkstätten- und Museumslandschaft dar. Das aber wohl augenfälligste Alleinstellungsmerkmal des Museums liegt in seinem besonderen Profil: An diesem Ort erinnern zwei ehemalige Gegner gemeinsam an den Krieg.

Julia Franke ist seit 2010 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst (DRM).

Andrea Kamp war bis März 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin am DRM.

Dr. Jörg Morré ist seit 2009 Leiter des DRM.

Dr. Babette Quinkert war bis Juni 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin am DRM.

Das Begleitbuch zur Ausstellung erscheint voraussichtlich im März 2014.

- 1 Vgl. Magazin. Mitteilungen des Deutschen Historischen Museums. Heft 9, 3. Jahrgang, Sommer 1993: Berlin-Karlshorst 8. Mai 1945.
- 2 Vgl. Reinhard Rürup (Hrsg.), Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945. Eine Dokumentation, Berlin 1991.
- 3 Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1996; Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, Hamburg 2002.
- 4 Vgl. u.a. Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst (Hrsg.), Nach Berlin! Timojej Melnik, Kriegsfotografie 1941–1945, Berlin 1998; Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst (Hrsg.), Heimat-Front. Iwan Schagin, Kriegsfotografie 1941–1945, Berlin 1999; Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst (Hrsg.), Diesseits – Jenseits der Front. Michail Trachman, Kriegsfotografie 1941–1945, Berlin 2002.
- 5 Vgl. hierzu u.a. Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst (Hrsg.), Foto-Feldpost. Geknipste Kriegserlebnisse 1939–1945, Berlin 2000.
- 6 Vgl. Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst (Hrsg.), Nikolaj Bersarin. Generaloberst – Stadtkommandant (Berlin), Berlin 1999.
- 7 Vgl. Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst (Hrsg.), Mascha + Nina + Katjuscha. Frauen in der Roten Armee 1941–1945, Berlin 2002.
- 8 Da die deutsche Kapitulation in Moskau erst nach der Unterzeichnung in Karlshorst, also am 9. Mai 1945 verkündet wurde, wird in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion an diesem Datum der »Tag des Sieges« gefeiert. Zum Verlauf siehe auch Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst (Hrsg.), Die deutsche Kapitulation im Mai 1945, (Museumshefte, 1), Berlin 2010.
- 9 Vgl. Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst (Hrsg.), Erinnerung an einen Krieg. Ausstellungskatalog, Berlin 1995.
- 10 Die Überarbeitung der Open-Air-Ausstellung wie auch die aufwendige Restaurierung der Großwaffen wurde durch die Russische Föderation unterstützt.

»Ich hätte nicht gedacht, dass das auch Spaß machen kann!«

PÄDAGOGISCHE ARBEIT AN EINEM ORT,
DER FÜR LEID, VERBRECHEN UND TOD STEHT

Carmen Lange

Das Forum für zeitgeschichtliche Bildung der Arbeitskreise 1 und 2 der Berlin-Brandenburgischen Gedenkstätten beschäftigte sich in diesem Jahr zum zweiten Mal nach 2012 mit dem Beutelsbacher Konsens. »Der Beutelsbacher Konsens zwischen pädagogisch-didaktischen Überzeugungen und politischen Forderungen« lautete das Thema des Abschlusspodiums in der Topographie des Terrors. In Arbeitsgruppen hatten vorher Kolleginnen und Kollegen aus Gedenkstätten, Schulen und der Wissenschaft einzelne Aspekte der Fragestellung erörtert und kontrovers diskutiert. Eine der Arbeitsgruppen beschäftigte sich unter dem Titel »Erlebnis Gedenkstätte« mit den Erwartungen der Besucherinnen und Besucher. Ich möchte im Folgenden mein Impulsreferat, das ich im Mai in dieser Arbeitsgruppe hielt, sowie einige zusätzliche Gedanken darstellen und zu weiteren Diskussion anregen.

Das Titelzitat stammt von einer Zehntklässlerin, die im September 2012 in der Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald (vgl. Gedenkstätten-Rundbrief 8/2010 oder www.stiftung-bg.de) an einem zweitägigen Projekt teilgenommen hat. In der Gedenkstätte gibt es zwar keine »richtigen« Übernachtungsmöglichkeiten, aber in den Räumen der Projektwerkstatt kann man mit Luftmatratze und Schlafsack durchaus übernachten (was auch mehrfach im Jahr mit Jugendgruppen stattfindet) und eine Dusche und eine Küche gibt es auch. Die Schülerinnen und Schüler bereiteten an den zwei Tagen in verschiedenen Arbeitsgruppen eine Präsentation vor, um anderen Schülerinnen und Schülern über die Gedenkstätte, den Todesmarsch und ihr Projekt zu berichten. So gestalteten sie eine Fotoreportage zur Gedenkstätte, stellten ein Plakat zu einem deutsch-französischen Text her, entwickelten eine Powerpoint-Präsentation zum Todesmarsch und interviewten per Mail und Skype einen Überlebenden. Es wurde intensiv gearbeitet, aber es gab selbstverständlich auch Raum und Zeit für anderes: gemeinsames Essen, Tanzen auf der Treppe, Unterhaltung an der Feuerschale und vieles mehr.

Der Spaß, den die Schülerinnen und Schüler dabei hatten, entsprach nicht ihren Erwartungen an einen Projekttag an einem solchen Ort und auch nicht den Erwartungen der Schülerinnen und Schüler, die ihrer Präsentation folgten und erstaunt waren über die Fotos der tanzenden Jugendlichen. Eine Verblüffung dieser Art begegnet mir immer mal wieder, z.B. wenn Gäste an einem Zeitzeugengespräch teilnehmen und ganz gegen ihre Erwartung der Überlebende einen gut gelaunten Eindruck macht. Abgesehen davon, dass ich der Überzeugung bin, dass pädagogische Arbeit nur mit Freude erfolgreich sein kann¹, glaube ich auch, dass gerade die nicht erfüllten Erwartungen für unsere Arbeit produktiv sind oder zumindest sein können.

Nicht erfüllte Erwartungen können produktiv sein

Außer der Erwartung, dass unsere Veranstaltungen immer ganz traurige Veranstaltungen sein müssen, gibt es viele weitere Erwartungen, die ich nicht erfüllen kann und will. So die Erwartung – oder vielleicht eher der Wunsch? –, dass wir Antworten auf (fast)



Schülerprojekt
September 2012.
Foto: Gerhard Ziebol

alle Fragen geben können. Häufig ist dann das Gespräch darüber, warum wir so vieles nicht wissen, recht produktiv, und ebenso – gerade beim Thema Todesmärsche – die Diskussion verschiedener Erklärungsansätze zur Frage: Warum? Wozu?

Eine andere Erwartung, bei der es mir geradezu eine intellektuelle Freude ist, sie nicht zu erfüllen, ist die, dass ich die Sichtweise der Besucherinnen und Besucher bestätige. Dieses erlebe ich zum einen bei Gruppen, die mit sehr festgelegten Begriffen von »Faschismus« und »Antifaschismus« in die Gedenkstätte kommen. Interessante und kontroverse Diskussionen entstehen meist dann, wenn ich besonders auf die Aspekte hinweise, die nicht in ihr zum Teil recht einseitiges Bild der Geschichte passen. Auch Menschen, die als Anwohner oder Flüchtlinge den Todesmarsch gesehen haben bzw. denen solche Erlebnisse weitergegeben wurden, möchten immer wieder sehr gern ihre Sichtweise von mir bestätigt bekommen. Einige von ihnen – längst nicht alle – erwarten vom Gedenkstättenbesuch die Bestätigung ihrer Meinung, dass eigentlich nahezu alle Anwohner den Häftlingen helfen wollten, dass auch die Flüchtlinge ein schweres Los hatten oder dass die Bevölkerung größtenteils nichts von den Verbrechen der Nazis wusste. Die Enttäuschung, wenn diese Bestätigung ausbleibt, führt manchmal in ein Gespräch, aber nicht selten auch nur in eine Konfrontation, die nicht weiterführt. Und dann gibt es auch noch bestimmte Bilder vom Nationalsozialismus, mit denen Besucherinnen und Besucher in die Gedenkstätte kommen, weil gerade ein Film en vogue ist, sie eine Fernsehdokumentation gesehen haben oder ein Buch im Gespräch ist. Das Brechen dieser häufig etwas undifferenzierten Bilder an der widersprüchlichen Realität eines zwar konkreten historischen, aber auch mehrfach überformten Ortes ist, wenn die Besucher sich darauf einlassen, sehr spannend.

Ein vielschichtiges Thema sind die Erwartungen der die Gruppen begleitenden Pädagoginnen und Pädagogen an den Gedenkstättenbesuch. Die Erwartungen richten sich zum einen an ihre Gruppe und zum anderen an die Veranstaltung in der Gedenkstätte. Von ihrer Gruppe erwarten viele, dass die Jugendlichen sich in der Gedenkstätte, an diesem »besonderen Ort« »anständig« benehmen – was immer das heißen mag. Teil-

weise wird dies direkt verbal formuliert, teilweise indirekt deutlich gemacht. Das Motiv ist meiner Meinung nach häufig die Angst, sich selbst, als verantwortlicher Pädagoge, zu blamieren. Von der Veranstaltung – und damit von uns Gedenkstättenpädagoginnen – erwarten viele Pädagogen, dass die Jugendlichen nicht nur etwas lernen, sondern beeindruckt sind, »gemahnt« werden – was immer das heißen mag. Die beschriebenen Erwartungen stehen meiner Erfahrung nach nicht selten der pädagogischen Arbeit im Wege, vor allem da sie meist weder offen ausgesprochen noch kritisch hinterfragt werden.

Das Thema als Mittel zum Zweck?

Ein Beispiel: ein mehrtägiges Projekt mit Jugendlichen, die ihren Schulabschluss nachholen. Gerade geht es um die Tagesplanung. Eine Lehrerin ist in dieser Situation anscheinend der Meinung, dass die Jugendlichen nicht aufmerksam genug sind, sie appelliert an die Jugendlichen: »Ihr müsst Euch das mal vorstellen, wie es den Häftlingen ging!«. Im Laufe des Gespräches folgt der Vorwurf: »Ihr könnt Euch das gar nicht vorstellen, wie das damals war!« Abgesehen davon, dass dieser Vorwurf natürlich absurd ist, fällt auf, dass hier der Todesmarsch Mittel zum Zweck ist, es geht nicht um das Leid der Häftlinge oder um das historische Wissen; tatsächlich geht es um einen Autoritätskonflikt, einen Machtkampf zwischen der Lehrerin und den Jugendlichen.

Um zu verdeutlichen, um was es eigentlich geht, bietet sich das Dreieck der Themenzentrierten Interaktion (TZI-Dreieck)² an: erste Ecke – die Gruppe; zweite Ecke – ich/die Pädagogin, dritte Ecke – das Thema, rundherum die Umgebung, in der es stattfindet. Dieser Konflikt ist eindeutig auf der Linie zwischen der Gruppe und der Pädagogin zu lokalisieren und hat nur wenig mit dem Thema zu tun. Das TZI-Dreieck kann helfen, uns bewusst zu machen, auf welcher Ebene der Konflikt gerade stattfindet. Im oben beschriebenen Beispiel stellt sich natürlich auch die Frage nach dem Verhältnis der Lehrerin zur Gedenkstättenpädagogin: Wer greift in dem Moment ein? Wer agiert pädagogisch? Wie lief die Absprache vorher? Möglicherweise kann es uns helfen, für unsere spezielle Situation in den Gedenkstätten das TZI-Dreieck zu einem Viereck zu erweitern, d.h. die eine Ecke steht für den Gedenkstättenpädagogen, die andere für den begleitenden Pädagogen. Manche Dinge, die in unseren pädagogischen Veranstaltungen schief gehen, lassen sich meiner Meinung nach auf der Linie zwischen den beiden Pädagogen lokalisieren, verursacht durch mangelnde Absprachen, unklare Zuständigkeiten oder unterschiedliche Erwartungen.

Geht es überhaupt um Empathie?

Im Nachhinein liegt es – wahrscheinlich auch für die Lehrerin – klar auf der Hand, dass es natürlich unangemessen ist, das Thema zum Mittel zum Zweck zu degradieren. Dennoch müssen auch wir Gedenkstättenpädagoginnen und -pädagogen uns fragen, ob nicht auch wir im pädagogischen Alltag manchmal der Versuchung erliegen, wenn die Aufmerksamkeit nachlässt, eine besonders eindrucksvolle Geschichte zu erzählen. Ist das in jedem Fall ein Missbrauch des Themas oder in welchen Fällen? Ebenso offensichtlich ist, dass es gar nicht funktionieren kann, völlig unempathisch Empathie zu fordern. Aber geht es überhaupt um Empathie? Ist Nachempfinden das Ziel des Gedenkstättenbesuchs? Und was heißt das? Immer mal wieder ist mir zum Thema Todesmarsch die Vorstellung begegnet, die Schüler müssten eigentlich mal ein Stück



Fahrradsternfahrt
September 2007.
Foto: Jörg Wassmer

des Weges gehen, »damit sie mal sehen, wie es ist«, das ist natürlich Unsinn und wohl auch Zeichen pädagogischer Hilflosigkeit. Wirklich nachempfinden können weder wir noch die Schüler die Situation der Häftlinge – zu unserem Glück ist diese Situation sehr weit von unserer Alltagserfahrung entfernt. Meiner Meinung nach kann es nur um eine Auseinandersetzung mit der Situation, um eine Beschäftigung mit dem Kontext und vielleicht um den Versuch des Hineindenkens gehen. Das ist eine schwierige Abgrenzung, wir müssen es immer wieder austarieren in unseren pädagogischen Planungen, Methoden und Materialien.

Der Beutelsbacher Konsens

Ich halte den Beutelsbacher Konsens aus dem Jahr 1976 nach wie vor für aktuell und grundlegend für politische Bildung und insbesondere für Gedenkstättenpädagogik – auch wenn er sich in seiner Entstehung auf Letztere gar nicht bezog.³ Gleichzeitig bin ich der Meinung, dass er immer wieder neu diskutiert werden muss, zum einen, weil sich das Umfeld unserer Arbeit ständig ändert, zum anderen, weil ich glaube, dass nach wie vor nicht selten gegen den Beutelsbacher Konsens verstoßen wird.

Überwältigungsverbot

Das Überwältigungsverbot ist vielleicht der für die Gedenkstättenarbeit wichtigste der drei Grundsätze. In der politischen Bildung soll das Verbot verhindern, dass die Schülerinnen und Schüler »überrumpelt« und indoktriniert werden. Für Pädagogik an Verbrechen- und Leidensorten heißt das vor allem das Verbot der gezielten emotionalen Überwältigung. Gefühle müssen zugelassen, dürfen aber nicht eingefordert werden. Wir haben den Menschen nicht zu nahe zu treten. Wir sollten ihnen Möglichkeiten anbieten, Gefühle auszudrücken, aber keine bestimmte Art des Gedenkens vorschreiben. Der Erfolg der Veranstaltung ist auch nicht an der Menge der Tränen oder der Dauer des betroffenen Schweigens zu messen – aber Tränen wie Schweigen müssen ihren Platz haben. »Man darf erschüttert sein, muss es aber nicht.«⁴ Wir brauchen Raum und

Zeit sowohl für kognitive Erörterungen als auch für emotionale Reaktionen. Stößt das Überwältigungsverbot an seine Grenzen, wo das Thema selbst überwältigt? Das ist ja in der Regel bei unseren Themen so. Und auch Gedenkstättenpädagogen, wie professionell auch immer, zeigen Gefühle und Betroffenheit – das ist im Übrigen auch richtig so. Meiner Meinung nach wird die Grenze dort überschritten, wo gezielt Mittel eingesetzt werden, bestimmte Gefühle beim Publikum zu erreichen (beispielsweise großformatige Fotos schrecklicher Verbrechen oder das Erzählen gerade der extremsten Geschichten) und genauso dort, wo bestimmte emotionale Reaktionen erwartet oder sogar verlangt werden. Ich glaube, wir befinden uns hier auf einem schmalen Grad und der Grundsatz des Überwältigungsverbot hilft uns dabei, immer wieder neu über den Verlauf dieser »Grenze« nachzudenken und zu diskutieren.

Gebot der Kontroversität

Im Beutelsbacher Konsens heißt es: »Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.«⁵ Was bedeutet das für die Gedenkstättenpädagogik? Klar ist sicherlich, dass gerade an einem Ort, der fürchterliche Verbrechen bezeugt, die Leugnung oder Rechtfertigung dieser Verbrechen nicht vom Gebot der Kontroversität gedeckt ist.⁶ Aber abgesehen davon stehen uns zahllose Kontroversen, sowohl in Bezug auf die Deutung des Nationalsozialismus als auch in Bezug auf den Umgang beider deutscher Staaten nach 1945 mit dem gemeinsamen Erbe, zur Verfügung. Konkret heißt das für mich: Auseinandersetzung statt Identifikation! Von verschiedenen Perspektiven auf das Geschehen kucken, kontrovers diskutieren: Wie war es möglich? Was ist davon geblieben? Wie wollen wir gedenken? Was hat das mit uns heute zu tun?

Schülerorientierung

Die Schülerorientierung ist vielleicht der am schwierigsten zu realisierende Grundsatz des Beutelsbacher Konsenses. Bei pädagogischen Projekten heißt Schülerorientierung für mich (im Idealfall): Erfahrung statt Belehrung; die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind selbst tätig; sie entscheiden sich selbst für eine Aufgabe; Medien- und Methodenvielfalt; unterschiedliche Fähigkeiten und Fertigkeiten werden benötigt und gefördert. Die Grenzen der Schülerorientierung sehe ich in unserer konkreten Arbeit unter anderem darin, dass erstens meistens die Lehrer und nicht die Schüler über den Gedenkstättenbesuch entscheiden, dass zweitens ja ich die Materialauswahl treffe und die Aufgaben, die zur Wahl stehen, konzipiere, und drittens manchmal auch darin, dass man schon sehr konzentriert arbeiten und die Dinge genau erkunden muss, schwierige Aufgaben zu lösen sind und man dabei bleiben muss, auch wenn es anstrengend ist und man manchmal gerade jetzt keine Lust dazu hat.

Im Beutelsbacher Konsens meint Schülerorientierung aber mehr: nämlich die Schüler in die Lage zu versetzen, die politische Situation und die eigene »Interessenlage« zu analysieren und zu beeinflussen⁷, im Kontext des historischen Lernens heißt das nach Bodo von Borries vor allem die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität⁸. Ich glaube, gerade Gedenkstätten – als Orte letztendlich unvorstellbarer Verbrechen – stellen »die letzten Fragen« an uns, an unsere Identität als Deutsche und als Mensch. Wir sind suchend wie die Schüler und sollten mit Verständnis reagieren, wenn ihr Suchen manchmal merkwürdige Ausschläge zeigt. Die Grenze des Tolerierbaren sollten

wir dabei nicht zu eng ziehen und die Grenzziehung immer wieder hinterfragen. Bodo von Borries ergänzt zur Schülerorientierung die Kompetenzorientierung⁹: Pädagogische Arbeit in Gedenkstätten stärke die historische Methodenkompetenz¹⁰ und die historische Sachkompetenz¹¹ bzw. habe das Potenzial, dies zu tun. Mir ist ein Kriterium für gute pädagogische Arbeit in Gedenkstätten, und auch insgesamt für politische Bildung, sehr wichtig – und das ist wohl auch der Kern der Schülerorientierung im Beutelsbacher Konsens: die Erfahrung der Selbstwirksamkeit. Die Projekte sollten ein wirkliches Ergebnis haben, die Erfahrung der Projektteilnehmer sollte möglichst sein: das, was ich tue, ist für irgendetwas gut, die Besucher können z.B. die Broschüre mit in den Wald nehmen oder wir gestalten eine Ausstellung, die andere Menschen anlocken. Es ist also nicht egal, wie ich es mache, mein Tun hat eine Bedeutung, ich habe Verantwortung, es kommt auf mich an.

In dem bereits mehrfach zitierten Text verteidigt Bodo von Borries den Beutelsbacher Konsens gegen jüngste Kritik, die einen Widerspruch zwischen dessen Prinzipien und dem Ziel der Werteerziehung sieht und betont die Gültigkeit des Beutelsbacher Konsenses für heutiges Geschichtslernen, insbesondere auch in Gedenkstätten: »Werteerziehung beim Geschichtslernen in Gedenkstätten wie Schulen ist zulässig und sogar unvermeidlich, sollte aber nicht mit Gesinnungsunterricht verwechselt werden. Die Prinzipien des ›Beutelsbacher Konsens‹ von 1976/1977 [...] gelten weiterhin. [...] Ein Gegensatz zwischen liberalen Werten und dem ›Beutelsbacher Konsens‹ existiert nicht. Dieser Konsens ist vielmehr als die angemessene Form von Werteerziehung in einem demokratisch-pluralistischen und zivilgesellschaftlichen Land zu verstehen.«¹²

Ich möchte mich diesem engagierten Plädoyer anschließen. Einer der wichtigsten Aspekte pädagogischer Arbeit im Allgemeinen und der Gedenkstättenpädagogik im Besonderen ist meiner Meinung nach unsere Fähigkeit zu Selbstreflexion. Der Beutelsbacher Konsens gibt uns wichtige Kriterien an die Hand, um selbstreflektierend und im Dialog mit Kollegen und Kolleginnen unser Tun immer wieder zu überprüfen.

Carmen Lange, Historikerin und Pädagogin, leitet seit 2004 die Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald (Außenstelle der Gedenkstätte Sachsenhausen).

- 1 Ich bin deshalb auch sehr froh, dass ein Entwurf zur Neugestaltung der Gedenkstätte Todesmarsch nicht realisiert wurde, der vorsah, die Projektwerkstatt vollständig mit Steinpaketen zu umgeben. In dieser "Gruft" fast ohne Tageslicht sollte dann die pädagogische Arbeit stattfinden.
- 2 Zur TZI vgl. beispielsweise: <http://www.tzi-wuerttemberg.de>
- 3 Vgl. zum Beutelsbacher Konsens: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977. Und aktuell eine engagierte Verteidigung des Beutelsbacher Konsenses insbesondere in Bezug auf seine Anwendung auf die Gedenkstättenpädagogik: Bodo von Borries: Hände weg vom "Beutelsbacher Konsens"!, in: *Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung* (Rundbrief der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt), 1/2013, S. 79ff.
- 4 von Borries, ebd., S. 89.
- 5 Schiele/Schneider, ebd.
- 6 Denn selbstverständlich gelten die Menschenrechte und das Grundgesetz, vgl. von Borries, ebd.
- 7 Schiele/Schneider, ebd.
- 8 von Borries, ebd., S. 84ff.
- 9 von Borries, ebd., S.87f.
- 10 Durch die ganz unterschiedlichen Methoden, die in den Projekten benutzt und deshalb gelernt und/oder weiterentwickelt werden.
- 11 Dadurch dass in den Projekten historische Begriffe, Strukturierungen und Kategorien gebildet und benutzt werden.
- 12 von Borries, ebd., S. 88f.

Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße – Geschichte entdecken

Irene von Götz

»Man könnte sagen: Wenn du hier vorbei gehst, hörst du Schreie. Oder: Wenn du an diesem Gebäude vorbei gehst, das du nicht sehen kennst, da die Mauer so hoch ist – hörst du Schreie. Oder: Wenn du hier vorbei gehst, auf dem Weg zum Bahnhof, hörst du Schreie.« Dieses Zitat stammt aus dem Film »The View from our House«, der im Rahmen des Veranstaltungsprogramms des Gedenkortes SA-Gefängnis Papestraße im Oktober 2013 zu sehen war.¹ Zentraler Inhalt des Films ist die Geschichte der jungen Fotografin Erika Koch, die 1933 in der Nähe des in einem ehemaligen Militärgebäude untergebrachten SA-Gefängnisses wohnte. Ihr Weg zum S-Bahnhof führte an dem Kasernengelände vorbei. Weil ihre Familie jüdisch war, musste Erika Koch bereits 1933 die Schule verlassen. Auch ein Ausbildungsplatz als Fotografin wurde ihr verwehrt. Sie assistierte daraufhin bei den Berliner Fotografen Otto Umbehrr und Hein Gorny und flüchtete schließlich 1936 gemeinsam mit ihrer Familie nach England. Erst im Jahr 2008 erzählt Erika Koch ihrer Nichte, der Filmemacherin Anthea Kennedy, dass sie 1933 auf dem Weg zum S-Bahnhof die Schreie der Häftlinge aus dem nahe gelegenen Konzentrationslager hatte hören können. Anthea Kennedy versuchte anschließend, der Aussage ihrer Tante nachzugehen und entdeckte während eines Besuchs in Berlin den Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße. Die Geschichte ihrer Tante und der erhaltene historische Ort inspirierten sie zu dem Filmvorhaben. Die Aussage von Erika Koch ist heute eines der wenigen Zeugnisse, die darüber berichten, dass die Schreie der Gefangenen für vorbeigehende Passanten zu hören waren.

Die Geschichte von Erika Koch ist nicht die einzige, die seit der Eröffnung der Dauerausstellung im März 2013 zum ersten Mal am historischen Ort erzählt werden kann. Das im Gedenkort ansässige Archiv kann ebenso um das Schicksal des Reichsbannermannes und SPD-Funktionärs Kurt Schubert ergänzt werden. Kurt Schubert war gelernter Industriekaufmann und absolvierte 1933 neben seiner Berufstätigkeit ein Abendstudium an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. Sein berufliches Ziel war eine Karriere in der SPD. Im Juni 1933 verschleppten ihn SA-Männer in das SA-Lokal Lübars und misshandelten ihn schwer. SPD-Genossen intervenierten gegen diese Verhaftung bei dem Polizei-Revier in Hermsdorf, woraufhin der zuständige Polizeihauptmann die Freilassung Kurt Schuberts verlangte. Anstatt Kurt Schubert der Polizei zu übergeben, überstellten die SA-Männern ihn an die SA-Feldpolizei in der General-Pape-Straße, wo er für zehn Tage Verhören und Misshandlungen ausgesetzt war. Die Reinickendorfer SA-Männer durchsuchten währenddessen seine damalige Wohnung, beschlagnahmten seine Literatur und seine Aufzeichnungen und verbrannten alle Unterlagen.

Kurt Schubert konnte nach seiner Freilassung sein Studium durch den Verlust aller Unterlagen nicht fortsetzen und arbeitete bis zu seiner Einberufung bei der Wehrmacht weiter als Industriekaufmann. Seinem Sohn erzählte er Mitte der 60er Jahre nur ein einziges Mal über seine Haft. Der erschütternde Bericht des Vaters begleitete den Sohn jahrzehntelang. 2013 bemühte sich der Sohn erneut, die Erzählungen zu verifizieren



Außenansicht des ehemaligen Kasernengebäudes und SA-Gefängnisses in der Papestraße, in dessen Kellerräumen heute der Gedenkort eingerichtet ist.
Foto: Johannes Kramer

und stieß bei einer Suche im Internet schließlich auf den Gedenkort. Nach anschließenden Recherchen von Mitarbeitern des Gedenkortes konnte die Verfolgung und Inhaftierung Kurt Schuberts anhand historischer Dokumente eindeutig belegt werden.² Sie ergaben auch, dass der für die Verhaftung verantwortliche SA-Mann Axel Leyke und der Sohn von Kurt Schubert sich kannten und Mitglieder in demselben Hermsdorfer Tennisklub waren. Der ehemalige SA-Mann hat sich dem Sohn allerdings nie zu erkennen gegeben.

Im August 2013 besuchte Prof. Dr. Benjamin Gidron aus Tel Aviv den Gedenkort auf der Suche nach der Geschichte seines Großvaters Sally Gottfeld. Um die Familiengeschichte zu vervollständigen, wollte er herauszufinden, was seinem Großvater im Jahr 1933 in Berlin widerfahren war und was der Grund für die Emigration der Familie nach Palästina im Dezember desselben Jahres war. Sally Gottfeld hatte seiner Familie in den Nachkriegsjahren mehrfach von einem »Haftkeller« erzählt, ohne jedoch den Ort exakt zu benennen. Auch in diesem Fall ergab eine historische Recherche neue Erkenntnisse.³ Wie sich herausstellte wurde Sally Gottfeld einzig und allein aus dem Grund weil er Jude war, im Mai 1933 in seiner Wohnung in Moabit von SA-Männern aus dem Bezirk verhaftet. Sie brachten ihn erst in ein nahe gelegenes SA-Sturmlokal in der Huttenstraße und anschließend gemeinsam mit 20 weiteren inhaftierten Personen in das frühe KZ am Universum-Landes-Ausstellungs-Park (Ulap) in Tiergarten.⁴ Von hier überstellte man ihn in das Polizeipräsidium am Alexanderplatz, um herauszufinden, ob Sally Gottfeld sich nicht doch politisch für die KPD engagierte. Anschließend nahmen ihn SA-Feldpolizisten in das SA-Gefängnis Papestraße mit. Hier wurde er während seiner Haft schwer misshandelt. Die SA-Männer brachen ihm den Unterkiefer und traten ihn in den nackten Unterleib. Auch durchsuchten sie seine Wohnung und beschlagnahmten – nachdem sie keine politischen Schriften oder Waffen hatten finden können – ein Paar Stiefel, welche Sally Gottfeld den SA-Männern überlassen musste. Ein ihn vernehmender Gerichtsassessor veranlasste schließlich am 22. Juni



Ehemaliger Haftraum 5
im Kellergeschoss
mit Dokumenten zu
den Inhaftierten in
einer Vitrine.
Alle folgenden Fotos:
Harry Weber

1933 seine Entlassung und die Überführung in eine Rettungsstation. Für die folgenden vier Monate war es Sally Gottfeld aufgrund der zahlreichen Verletzungen nicht möglich, seinen Beruf als Klempner auszuüben. Auch die Suche nach einem behandelnden Arzt erwies sich als schwierig, da einige der von ihm aufgesuchten Ärzte Angst hatten, ihn als ehemaligen Häftling der SA-Feldpolizei zu behandeln. Vollkommen mittellos und aus Angst vor weiteren Übergriffen beantragt er im September 1933 ein Visum für Palästina. Im Dezember 1933 verließen das Ehepaar Gottfeld und ihre fünf Kinder Berlin in Richtung Haifa und überlebten so den Holocaust.

Ein historischer Ort

Der Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße ist heute der einzige öffentlich zugängliche historische Ort des frühen NS-Terrors in Berlin, in welchem noch Spuren aus dem Jahr 1933 zu finden sind. In dem ursprünglich als Wirtschaftsgebäude für die Preußischen Eisenbahnregimenter errichteten Haus unterhielt die SA-Feldpolizei, eine im Februar 1933 aufgestellte Sonderformation der SA, von März bis Dezember 1933 ein frühes Konzentrationslager. Die SA-Männer inhaftierten, verhörten und folterten an diesem Ort vor allem politisch Andersdenkende und andere vom NS-Regime verfolgte Gruppen aus dem gesamten Berliner Stadtgebiet und der Provinz Brandenburg. Zu den hier inhaftierten Personen gehörten unter anderem Kommunisten, Sozialdemokraten, aber auch Gewerkschafter, Freidenker und Juden.

Die Haftbedingungen waren katastrophal. Die inhaftierten Personen mussten in den unbeheizten Hafträumen im Keller des Gebäudes entweder stehen oder auf dem Boden sitzen. Die wenigen vorhandenen Pritschen waren für Schwerverletzte vorgesehen. Die hygienischen und sanitären Verhältnisse waren vollkommen unzureichend und auch die Versorgung mit dünnem Kaffee, zum Teil verschmutztem Wasser sowie Brot oder Suppe war ungenügend und unregelmäßig. Jederzeit musste mit Gewalt und Quälereien vonseiten der verantwortlichen SA-Männer gerechnet werden. Exerzierübungen



bis zur Erschöpfung und körperliche Arbeiten bestimmten den Tagesablauf ebenso wie gewaltsame Verhöre. Die Dauer der Haft variierte zwischen wenigen Tagen, mehreren Wochen oder Monaten. Eine Entlassung oder eine Überstellung in ein anderes frühes KZ oder ein Polizeigefängnis war im Gegensatz zu den späteren Konzentrationslagern noch üblich. Bislang sind knapp 500 Personen, die in der Papestraße in Haft waren, namentlich bekannt. Es wird vermutet, dass die Gesamtzahl der Häftlinge deutlich größer ist. Die Fälle von Kurt Schubert und Sally Gottfeld bestätigen diese Annahme, aber 80 Jahre nach den Geschehnissen ist eine umfangreiche historische Aufarbeitung nur sehr schwer möglich. Rund 30 Personen kamen während der Haft oder in unmittelbarer Folge der Haft ums Leben.⁵

Auch über die Einheit der SA-Feldpolizei (Fepo) ist noch vieles im Unklaren. Die Einheit war eine unmittelbar nach der Aufstellung der preußischen Hilfspolizei im Februar 1933 gebildete Polizeitruppe, die ausschließlich von der SA kontrolliert wurde. Sie bestand aus ca. 120 kasernierten SA-Männern mit eigenen Uniformen. Im Oktober 1933 wurde das Berliner Vorbild auf ganz Preußen ausgeweitet und in SA-Feldjägerkorps (FJK) umbenannt. Obwohl die Feldpolizei und das Feldjägerkorps übergeordneten SA-Dienststellen unterstanden, wurden sie vom preußischen Innenministerium ausgerüstet und finanziert und konnten die Versorgungsmöglichkeiten der Polizei in Anspruch nehmen.

Offiziell war es die Aufgabe von Fepo und FJK, die Disziplin in der SA zu überwachen. Tatsächlich aber führten sie polizeilich-geheimdienstliche Maßnahmen gegen Gegner des Nationalsozialismus durch. Schon seit spätestens 1932 hatte die SA systematisch politische Gegner ausgespäht und die Informationen in einem eigenen Nachrichtendienst, der »Abteilung Ic«, gesammelt. 1933/34 konnten SA-Feldpolizei und FJK von dieser Vorarbeit profitieren; sie waren integraler Bestandteil des nationalsozialistischen Verfolgungs- und Terrorapparats und wirkten an entscheidender Stelle bei der Zerschlagung der Opposition mit. Als politische Polizeitruppe der SA arbeiteten Fepo und

Ausstellung
in den Kellergewölben



Tür vom Kellergang
zum Haftraum 5

FJK eng mit staatlichen Stellen zusammen, insbesondere mit der regulären Polizei und der Gestapo. Über den SA-Apparat und die »SA-Verbindungsführer« war die Feldpolizei darüber hinaus mit anderen Teilen der staatlichen Verwaltung vernetzt.

Mit der Konsolidierung des nationalsozialistischen Regimes verlor das FJK seine Funktion. Die Aufgaben der politischen Polizei waren von der SS und der Gestapo monopolisiert worden, und mit der Entmachtung der SA ab 1934 bestand kein Bedarf mehr an einer SA-eigenen Polizeitruppe. Dazu kamen Missstände innerhalb des FJK, sodass die Einheit am 1. April 1935 aufgelöst und in die Schutzpolizei eingegliedert wurde.⁶

Späte Erinnerung

Obwohl das ehemalige Kasernengebäude weitestgehend von Kriegszerstörungen verschont blieb, schien die Geschichte des frühen Konzentrationslagers in der Öffentlichkeit in Vergessenheit zu geraten. Erst ein Antrag der CDU-Fraktion an die Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof führte dazu, dass seit 1981 eine Gedenktafel auf dem Gelände an die »Opfer des frühen Naziterrors« erinnert.

Die Gedenktafel gab den Anstoß für historische Nachforschungen interessierter Anwohner. 1991 gründeten die Soziologin Sylvia Walleczek, der Bildhauer Rolf Scholz und der Historiker Kurt Schilde die »Geschichtswerkstatt Papestraße«. Ein Jahr später gelang es ihnen, den heutigen Gedenkort eindeutig als die ehemalige Haftstätte zu identifizieren. Der entscheidende Hinweis kam von einem ehemaligen Wurstverkäufer, zu dessen Kundschaft 1933 auch SA-Feldpolizisten gehörten. Seitdem haben sich Mitglieder der Geschichtswerkstatt und des Fördervereins für die Aufarbeitung der Geschichte des Ortes engagiert. Sie veröffentlichten 1996 eine umfangreiche Publikation und organisierten Ausstellungen, Lesungen, Führungen sowie Zeitzeugengespräche.

Im Jahr 2003 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg, die bis dahin privat vermieteten Kellerräume als Gedenk- und Begegnungs-

stätte für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Im April 2011 wurde der Gedenkort eröffnet. Seit März 2013 informieren eine Ausstellung und ein Archiv über die Geschichte des Ortes.

Bildungs- und Vermittlungsangebote

Das pädagogische Angebot im Gedenkort ist eng mit dem Jugend Museum in Berlin-Schöneberg verknüpft und profitiert so von der jahrzehntelangen Erfahrung in der Arbeit mit Jugendlichen. Die Bildungsangebote im Gedenkort sind als Lernwerkstätten aufgebaut. Sie bieten den Jugendlichen ausreichend Raum und Zeit, um sich Schritt für Schritt der Geschichte des frühen NS-Terrors zu nähern und sich aktiv mit ihr auseinanderzusetzen.

Die Lernwerkstätten sind ein- oder mehrtägig konzipiert und es gibt verschiedene miteinander kombinierbare Module. Die Angebote beinhalten eine Vorbereitung auf das historische Thema, eine begleitete Spurensuche im Gedenkort, eine Führung durch die Ausstellung, Vertiefungs- und Recherchemöglichkeiten im Archiv des Gedenkorts zu Themen wie Häftlingsbiografien, Haftbedingungen oder juristische Aufarbeitung. Es besteht auch die Möglichkeit, dass die Jugendlichen Gespräche mit Familienangehörigen ehemaliger Häftlinge führen. Ebenfalls angeboten werden ein Kooperationsworkshop mit der Stiftung Topographie des Terrors sowie Fortbildungsseminare für Erwachsenengruppen zu individuellen Themenschwerpunkten.

Dr. phil. Irene von Götz ist Historikerin und Ausstellungskuratorin. Am Zentrum für Antisemitismusforschung promovierte sie über die Geschichte der frühen Berliner Konzentrationslager. 2013 bereitete sie die Dauerausstellung im Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße vor.

Besucherinformationen

Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße
Werner-Voß-Damm 54a | 12101 Berlin
www.gedenkort-papestrasse.de
Telefon: (030 90277-6163)

Öffnungszeiten: Di, Mi, Do+Sa 14–18 Uhr
und nach telefonischer Vereinbarung.
Eintritt frei

Kostenlose Führungen werden jeden Sonntag um 14 Uhr angeboten.

Mehr Informationen über den Film unter: www.view-from-our-house.info

- 2 Entschädigungsakte von Kurt Schubert, Entschädigungsamt Berlin.
- 3 Entschädigungsakte von Sally Gottfeld, Entschädigungsamt Berlin.
- 4 Weitere Informationen über des frühe Konzentrationslager auf dem Ulap-Gelände befinden sich in: Irene Mayer-von Götz, Terror im Zentrum der Macht. Die frühen Konzentrationslager in Berlin 1933/34–1936, Berlin 2008, S. 66–69.
- 5 Ausführliche Informationen finden sich in: Irene von Götz/Petra Zwaka (Hrsg.), SA-Gefängnis Papestraße. Ein frühes Konzentrationslager in Berlin, Berlin 2013.
- 6 Ausführlicher hierzu: Martin Schuster, SA-Feldpolizei und SA-Feldjägerkorps, in: von Götz/Zwaka, SA-Gefängnis Papestraße, S. 69–79.

SA-Terror als Herrschaftssicherung

NEUE DAUER AUSSTELLUNG

IN DER GEDENKSTÄTTE »KÖPENICKER BLUTWOCHE«

Amelie Artmann, Yves Müller

Aus Anlass des 80. Jahrestags der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 gestalteten seit Januar 2013 unzählige Gedenkorte, Regionalmuseen, Vereine usw. mit über 80 Projekten, mit eigenen Ausstellungen und hunderten Veranstaltungen das Berliner Themenjahr »Zerstörte Vielfalt. Berlin 1933–1938–1945«. Auch der Fachbereich Museum beim Amt für Weiterbildung und Kultur im Bezirksamt Treptow-Köpenick beteiligte sich mit einem Forschungs- und Ausstellungsprojekt für die Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche unter dem Titel »SA-Terror als Herrschaftssicherung. »Köpenicker Blutwoche« und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus« an den Vorbereitungen auf das Themenjahr »Zerstörte Vielfalt«. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehören die Veröffentlichung eines Forschungsbandes im Metropol-Verlag Berlin, die Eröffnung einer neuen Dauerausstellung im Juni 2013, die Erschließung und Digitalisierung des Gedenkstättenarchivs sowie die Einrichtung eines interaktiven Online-Auftritts. Darüber hinaus gestaltete das Projekt ein Modul in der Portalausstellung des Deutschen Historischen Museums (DHM) zum Themenjahr und eine Partnersäule am S-Bahnhof Köpenick.

Öffentlicher Terror als Herrschaftssicherung – die »Köpenicker Blutwoche« 1933

Die letzten Jahre der Weimarer Republik glichen einem Bürgerkrieg: Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten auf der einen und Kommunisten wie Sozialdemokraten auf der anderen Seite waren an der Tagesordnung und forderten hunderte Todesopfer – die meisten aufseiten der politischen Linken. Allein 1932 zählte das preußische Innenministerium 155 Tote – zwei Drittel davon bezeichnenderweise zwischen der Aufhebung des Verbots der »Sturmabteilung« (SA) im Juni und den Reichstagswahlen im Juli. In dem »Kampf zwischen Gut und Böse«, zu dem die SA die Auseinandersetzungen gern stilisierte, waren die Rollen klar verteilt: Die politische Linke hatte das Vaterland durch die Novemberrevolution 1918, die Zustimmung zum Versailler Vertrag verraten. Die Kommunisten wollten ein »Sowjetdeutschland« errichten und die Sozialdemokraten waren als »Parteibonzen« verschrien. Die von den Nationalsozialisten propagierte »Abrechnung mit dem Weimarer System« konnte nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 in rasendem Tempo vollzogen werden – auch weil den konservativen Eliten in der Mehrheit nicht an der Verteidigung der Demokratie gelegen war. Im Zuge der Herrschaftssicherung musste zunächst die organisierte Arbeiterbewegung ausgeschaltet werden. Die Etablierung der »Volksgemeinschaft« funktionierte auch über die Gewalt. Und ein Großteil der Bevölkerung verstand die Botschaft: Millionen Männer und Frauen traten in die NSDAP und die weiteren NS-Organisationen ein. Der Wunsch, die neu gewonnene Macht zu zementieren und offene »Rechnungen« aus der »Kampfzeit« zu begleichen, führte zu einer Explosion der Gewalt. Besonders nach dem Reichstagsbrand, den Reichstagswahlen im März und dem antisemitischen Aprilboykott 1933 wurden politische Gegner, Andersdenkende und Juden zum Ziel nationalsozialistischen Terrors. In Berlin mussten zahlreiche Opfer der »Köpenicker Blutwoche« vom Juni 1933 bereits zwischen März



Gedenkfeierlichkeit
vor dem ehemaligen
Sturmlokal »Demuth«
am 21. Juni 1961. Foto:
WVN-BdA Köpenick e.V.

und Mai Hausdurchsuchungen und erste Misshandlungen über sich ergehen lassen. Dabei richtete sich die Gewalt nicht nur gegen Männer, sondern auch gegen Frauen, wie etwa die Misshandlung der Köpenicker Bezirksverordneten Maria Jankowski im März 1933 zeigt.

Die Gewalt der Köpenicker SA vom Frühjahr und Sommer 1933 wurde zu keinem Zeitpunkt ernsthaft unterbunden. Sie war Teil des von Hermann Göring geplanten »Kampf(es) gegen das Chaos«. Zwar trieb die Berliner Polizei nach den schweren Misshandlungen von Maria Jankowski eine Ermittlung gegen die verantwortlichen SA-Männer voran. Doch sabotierte Sturmbannführer Herbert Gehrke, den die SA-Führung anwies, Vorladungen vor Polizei oder Gerichten nicht Folge zu leisten, das Verfahren und forderte, »unsere Interessen gegen das reaktionäre Spiel der Herren im Polizeipräsidium zu vertreten«. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren schließlich ein.¹ Einen Höhepunkt des frühen NS-Terrors erreichte die Reichshauptstadt mit der »Köpenicker Blutwoche« vom 21. bis 26. Juni 1933. Mehrere hundert Mann des SA-Sturmbanns 15 unter Leitung von Herbert Gehrke sowie weiterer SA- und SS-Einheiten wie des berüchtigten Charlottenburger »Mördersturms 33« verschleppten und folterten nach bisherigem Forschungsstand bis zu 500 Personen, nachweislich 23 Menschen starben. In etlichen SA-Sturmlokalen, SA-Heimen und sogar konfiszierten Gebäuden wurden Menschen festgehalten. Im Verlauf der Terroraktion schoss der Sozialdemokrat Anton Schmaus in Notwehr die SA-Männer Walter Apel, Ronert Gleuel und Wilhelm Klein vom SA-Sturm 1/15 nieder. Die Gewalt eskalierte. Schmaus, der sich anschließend der Polizei stellte, wurde im Polizeipräsidium am Alexanderplatz von einem SA-Trupp angeschossen. Er erlag dieser Verletzung und weiteren Misshandlungen durch die SA am 16. Januar 1934.

Ein zentraler Ort der Gewalt war das ehemalige Köpenicker Amtsgerichtsgefängnis am Hohenzollernplatz 5, heute Mandrellaplatz 6.² Der Gebäudekomplex war von 1899 bis 1901 errichtet worden und umfasste neben Zellentrakten für Männer und Frauen mit dem Wachtmeisterhaus auch Geschäftsräume sowie Wohnmöglichkeiten für das Bewachungspersonal. Zwischen Mai und August 1933 diente es als Stabsquartier des selbstständigen SA-Sturmbanns 15, als Dienststelle des Berliner Sicherheitsdienstes

des Reichsführer SS (SD) sowie zentrale Haft- und Folterstätte. Tatsächlich sticht das Amtsgerichtsgefängnis aufgrund seiner Eignung aus der Topographie der Köpenicker SA-Folterstätten heraus:

1. eignete es sich als originäres Gefängnis – anders als die notdürftig umfunktionierten Sturmlokale – perfekt für die Aufnahme von dutzenden oder gar hunderten Verhafteten. Daher wurden dutzende Menschen, die zuvor bereits in oben genannte Lokale verschleppt wurden, später auch ins Amtsgerichtsgefängnis und von dort teilweise in weitere SA- und SS-Folterstätten im Stadtgebiet oder zur Polizei gebracht.
2. bildeten Bau und Verwendungszweck im Umkehrschluss eine Legitimationsgrundlage für den Terror der SA und gaben ihm einen rechtsstaatlichen Schein. SA und SS vertraten den »neuen Staat«, ob in der Funktion als Hilfspolizisten oder nicht. Die Unterbringung der Inhaftierten in einer Haftanstalt suggerierte, man habe es mit tatsächlichen Verbrechern zu schaffen.

Im Juni wurden dort mindestens 200 Menschen festgehalten, ein Großteil von ihnen in der im zweiten Stock befindlichen Gefängniskapelle oder dem sogenannten Betsaal gefoltert und misshandelt. Unter den vermutlich hier Ermordeten befanden sich der ehemalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Johannes Stelling und der Unternehmer Georg Eppenstein, eines der ersten jüdischen Todesopfer des NS-Terrors. Auch Paul von Essen wurde im Amtsgerichtsgefängnis schwer misshandelt und hier vermutlich auch erschossen.

Nach öffentlichen Gewaltexzessen wie der »Köpenicker Blutwoche« versuchten Partei und Staat, mittels einer gezielten Deeskalationsstrategie weitere Ausschreitungen zu vermeiden und den Terror vom offenen in geschlossene Räume zu verlagern. Auch der Imageschaden der »Köpenicker Blutwoche« war für SA und Partei groß. Ein Sturmbannbefehl der Köpenicker SA Ende Juni 1933 beendete formal die groß angelegte SA-Terroraktion in Berlin. Gehrke selbst tauchte aus Angst vor strafrechtlicher Verfolgung kurzzeitig unter. SA-Gruppenführer Karl Ernst, der seinen Untergebenen Gehrke eigentlich zur Mäßigung anzuhalten hatte, reagierte indes mit der Erhebung des Sturmbann 15 zur Standarte mit 1.330 Mann und schenkte Gehrke 50 Reichsmark für dessen »Verdienste«. Ernst ernannte ihn am 13. Juli 1933 rückwirkend zum 1. Juli »in Anerkennung seiner Verdienste um die Durchführung der nationalen Revolution« zum Obersturmbannführer.

Zwar gab die SA das Amtsgerichtsgefängnis wieder an die Gerichtsverwaltung zurück, nutzte das Gebäude ab Herbst 1933 aber erneut als Haftanstalt. So bat Herbert Gehrke in einem Schreiben vom 14. August 1933 »um Überlassung einiger Zellen, zum Zwecke für disziplinarische Bestrafung meiner SAF[ührer] und SAM[änner].«³ Auch fand der Gefängnisbau die Verwendung des Sicherheitsdienstes (SD). Nach Kriegsende als Strafanstalt für männliche Jugendliche sowie zwischen 1954 und 1959 als Militäruntersuchungsgefängnis genutzt, diente es von 1964 bis 1991 als Kostümfundus und Magazin des DDR-Fernsehens.

»Antifaschistisches Traditionskabinett« im ehemaligen Amtsgerichtsgefängnis

Bereits in den Anfangsjahren des Bestehens der DDR wurden in Betrieben, in Schulen, in Rathäusern usw. Räume eingerichtet, die über den antifaschistischen Widerstand berichten sollten. Viele solcher Orte bestanden aus kaum mehr als einem Zimmer mit ein paar Wandzeitungen und den entsprechenden Insignien und Symbolen. Ihre



Das Mahnmal für die Opfer der »Köpenicker Blutwoche«.
Foto: VVN-BdA Köpenick e.V.

Gedenktafel für Paul von Essen.
Foto: VVN-BdA Köpenick e.V.



Fahnenträger während der Eröffnung der Gedenkstätte am 1. Mai 1980.
Foto: Archiv Gedenkstätte »Köpenicker Blutwoche«

Bedeutung für die Staatsdoktrin eines »heroischen Antifaschismus« allerdings war eminent.

Bis 1984 zählte man etwa 1000 solcher Einrichtungen in der DDR, allein für Ostberlin war von 15 Traditionskabinetten die Rede. Im Laufe der 1980er Jahre wurde in verschiedenen Ost-Berliner Bezirken die Einrichtung dauerhafter Traditionskabinette forciert. Offenbar gab es hierzu zentrale Vorgaben und die inhaltliche Gestaltung der Traditionskabinette unterlag meist der Zustimmung durch die SED-Kreisleitung sowie durch das jeweilige Kreiskomitee des KdAW (Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer). Dabei sollten die Traditionskabinette kein Museumsersatz sein: Originale Gegenstände und Dokumente sollten darin nicht ausgestellt werden.

Die Zentralleitung des KdAW erfragte und erfasste in regelmäßigen Abständen Besucherzahlen, Resonanz (insbesondere unter Jugendlichen und ausländischen Besuchern der Gedenkstätten und Ausstellungen), Publikationstätigkeit der jeweiligen Einrichtungen sowie Arbeit der Arbeitsgemeinschaften »Junge Historiker«. Man versuchte, die Traditionskabinette durch »thematische Mitgliederversammlungen der SED-Grundorganisation und Parteiversammlungen, Jugendforen und Ansprachen, Einführung der Lehrlinge in die Betriebsgeschichte, Diskussionen in Arbeitskollektiven, Zusammenkünfte der Brigaden, [...] Arbeiterweihen, [...] Nutzung durch die Patenschule, durch die Arbeitsgemeinschaften »Junge Historiker«, Teilnehmer der Jugendweihe, Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front und die anderen gesellschaftlichen Kräfte«⁴ in das gesellschaftliche Leben einzubinden und so die Identifikation mit der DDR-Staatsgeschichte zu erhöhen. Bei der erinnerungspolitischen Arbeit der Traditionskabinette ging es in erster Linie um »die Verbreitung der Verbindung von erbebezogener Erfahrungsübermittlung mit der auf die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben gerichteten historischen Motivation« der Jugend.⁵ Tatsächlich glich das Traditionskabinett einem »ideologischen Staatsapparat« (Thomas Flierl), in dem gleichzeitig Zustimmung und freiwillige Unterordnung produziert werden sollten. Mancherorts mögen die Traditionskabinette, wie andere historische Initiativen, quasi »von unten« initiiert worden sein, sie blieben »in der Praxis Orte ideologischer Vergesellschaftung »von oben«⁶. Insofern bleibt ein Vergleich zu den in Westdeutschland und West-Berlin parallel entstehenden Geschichtswerkstätten begrenzt.

Im Bezirk Köpenick beschlossen Kreiskomitee und Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der SED-Kreisleitung die Errichtung eines Traditionskabinettes im ehemaligen Amtsgerichtsgefängnis in der Puchanstraße. Am 8. Mai 1980 konnte das Traditionskabinett, das zunächst aus nicht viel mehr als einer ehemaligen Gefängniszelle bestand, eröffnet werden. Dabei war die Errichtung des Traditionskabinettes nicht unumstritten. Das Mitglied des Kreiskomitees Erwin Schulz berichtete retrospektiv in einem 2012 geführten Interview, dass angesichts des Bestehens mehrerer Nationaler Mahn- und Gedenkstätten der Nutzen einer lokalen Einrichtung in Zweifel gezogen wurde. 1981 wurde trotzdem der »Ausbau der Gedenkstätte »Köpenicker Blutwoche« Puchanstr. und [die] Erhöhung des Besuchs der bestehenden Gedenkstätte durch verstärkte Werbung in Schulen, Brigaden und bei Jugendweihen« sowie die Verbreitung einer »Werbeschrift« beschlossen.⁷ In einer Leitungssitzung konnte Erwin Schulz, damals Leiter der Kommission, berichten, dass die Gestaltung eines zweiten Raumes in der Gedenkstätte vor der Vollendung stehe: »Damit werden bessere Möglichkeiten geschaffen zu Aussprachen; vor allem mit Schülern, unmittelbar



Gedenkraum in einer Zelle des ehemaligen Amtsgerichtsgefängnisses, undatiert.
Foto: VVN-BdA Köpenick e.V.

am Ort der faschistischen Untaten.«⁹ Noch 1981 sollten erste Führungen für Studierende des Instituts für Lehrerbildung stattfinden. Später bot das Heimatgeschichtliche Archiv des Bezirks solche Führungen an. Die Einrichtung hatte montags bis freitags jeweils 6.30 bis 15.30 Uhr geöffnet. Den Schlüssel für die Ausstellung musste man sich jedoch beim Pförtner des Amtsgerichts abholen.

Doch offenbar reichte die vorhandene Ausstellung nicht aus: Es wurde konstatiert, dass die Zahl der Antifaschistinnen und Antifaschisten, die ihre Erlebnisse schildern könnten, merklich zurückgehe und Broschüren sowie Bücher diese Lücke nicht füllen könnten. Die Bedeutung der Gedenkstätte sei daher unermesslich.

1985 erarbeitete eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Kreiskomitees, der Traditionskommission sowie der Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung der SED-Kreisleitung und dem Heimatgeschichtlichen Kabinett ein Konzept für den dauerhaften Erhalt des Traditionskabinetts, das Grundlage für ein Ausstellungsdrehbuch sein sollte. So sollte die Gedenkstätte nicht mehr ausschließlich den Opfern der »Köpenicker Blutwoche« gewidmet sein, sondern »die Darstellung eines Gesamtbildes über den Köpenicker Widerstand«⁹ beinhalten. In zehn Themenkomplexe unterteilt, sei die Geschichte der Arbeiterbewegung des Bezirks seit der Novemberrevolution 1918 über die Niederschlagung des Kapp-Putsches und die »Köpenicker Blutwoche« bis hin zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus und den Wiederaufbau ab 1945 darzustellen. Für die Ausstellung sollten der Betsaal sowie fünf Gefängniszellen im zweiten Stock und die Wandflächen des Treppenhauses genutzt werden können. Um dem Besucher einen ‚authentischen‘ Eindruck zu vermitteln, wurde eine Zelle mit Holzbett, Tisch und Schemel eingerichtet. Da die Zellen während der »Köpenicker Blutwoche« jedoch weitgehend unmöbliert gewesen sein dürften, handelt es sich keineswegs um einen originalgetreuen Nachbau.

Die neue Ausstellung sollte anlässlich der 750-Jahr-Feierlichkeiten Berlins unter dem Namen »Der antifaschistische Widerstand in Berlin-Köpenick 1933 bis 1945« eröffnet werden. Auch sie war Anlaufpunkt von Besuchergruppen: Beispielsweise besuchte am 28. November 1987 eine Delegation der VVN-VdA Westberlin auf Einladung der

Zentralleitung des KdAW die »Hauptstadt der DDR« und besichtigte u.a. das Köpenicker Traditionskabinett.

Die deutsche Einheit überlebten die meisten Traditionskabinette nicht. Die Köpenicker Gedenkstätte zwar überdauerte die politischen Wirren der Wendejahre, musste inhaltlich jedoch überholt werden. Am 5. Juni 1993 öffnete eine neue, vom Bund der Antifaschisten Köpenick e.V.¹⁰ konzipierte Ausstellung in den Zellen des Gefängnisses ihre Pforten. Doch auch diese genügte den Ansprüchen nicht: Nachdem die Einrichtung in den Besitz des Bezirksamtes Köpenick überging, wurde am 29. Juni 1995 eine wiederum neue ständige Ausstellung der Öffentlichkeit übergeben. Der ehemalige Betsaal diente fortan als Gedenkraum und Ort von Gedenkveranstaltungen. Der Zellennachbau blieb bis heute erhalten.

80 Jahre danach – Eine neue Ausstellung wird eröffnet

Am 21. Juni 2013, dem 80. Jahrestag des Beginns der Köpenicker Ereignisse, konnte die neue Dauerausstellung im Rahmen des Themenjahres »Zerstörte Vielfalt. Berlin 1933–1938–1945« sowie ein Sammelband der Öffentlichkeit vorgestellt werden. An den Eröffnungsfeierlichkeiten nahmen neben dem Bezirksbürgermeister Oliver Igel und dem zuständigen Stadtrat Svend Simdorn auch der Bundestagsabgeordnete Gregor Gysi und André Schmitz, der damalige Kulturstaatssekretär beim Berliner Senat, teil. Die öffentliche und mediale Resonanz war recht groß und zeigt, welches Potenzial die Gedenkstätte hat.¹¹

In seiner einführenden Rede wies Stefan Hördler, Projektleiter und Kurator, auf die überregionale Bedeutung des Ortes und den Charakter der neuen Ausstellung hin. Der promovierte Historiker, der bereits für Ausstellungsprojekte u.a. in den KZ-Gedenkstätten Lichtenburg und Ravensbrück mitverantwortlich zeichnete und derzeit am Deutschen Historischen Institut Washington D.C. als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig ist, stellte neue Perspektiven und Forschungserkenntnisse vor. Hördler erläuterte, wie die »Köpenicker Blutwoche« die Flexibilität von Staat und Partei in ihren Aushandlungsprozessen und Kooperationen zeige. Zugleich habe die Juni-Aktion 1933 als Experimentierfeld für die Genese der Gewalt im Nationalsozialismus gewirkt. Die NS-Führung sei nahezu überrascht gewesen, wie weit sie mit Folter und Mord gehen konnte, ohne dass sich ihr Polizei, Justiz und Gesellschaft in den Weg stellten. Ganz im Gegenteil liege die Bedeutung der »Köpenicker Blutwoche« gerade im totalen Versagen der Zivilgesellschaft.

Ein Team, an dem neben Hördler auch die Autorin sowie der Autor dieses Beitrags, der Archivar Martin Grötschel, IT- und Webdesigner Hendrik Jäger sowie Maria Boldt als stellvertretende Leiterin im Fachbereich Museum Treptow-Köpenick, von Berlin beteiligt waren, erfasste und sichtete umfangreiche Aktenbestände verschiedenster Archive, aber auch von Behörden wie etwa der Landesentschädigungsbehörde, die neue Schlaglichter auf die Ereignisse im Juni 1933 und etwa die weitreichenden Folgen für die Opfer bis in die Nachkriegszeit werfen. Wesentliche Ergebnisse wurden in einem von Stefan Hördler herausgegebenen und beim Berliner Metropol-Verlag erschienenen Forschungsband zusammengeführt. Der Sammelband vereint die Beiträge des Projektteams mit der Expertise renommierter Wissenschaftler wie Wolfgang Benz, Bruce Campbell, Sven Reichardt oder Michael Wildt.¹² Auch wurde erstmalig ein eigener interaktiver Online-Auftritt eingerichtet, über den Interessierte einführende



Oberer Zellengang mit einer Installation der aktuellen Ausstellung, Juni 2013.
Fotos: Archiv Gedenkstätte »Köpenicker Blutwoche«

Informationen finden können und auf weiterführende Recherchemöglichkeiten hingewiesen werden.

Die neue Ausstellung fokussiert verschiedene Dimensionen, die sowohl in den vorangegangenen Ausstellungen als auch in der Forschung bis dato zu wenig Beachtung gefunden haben:

1. bettet die Ausstellung die »Köpenicker Blutwoche« in einen überregionalen Kontext ein. Sie verbindet die Gewalt in Köpenick mit dem reichsweiten Verbot der SPD am 22. Juni 1933, dem deutschlandweiten Terror während der gesamten ersten Jahreshälfte 1933 und der Legitimierung der Ereignisse durch die nationalsozialistische Führungsriege. Das Bild des am 26. Juni 1933 abgehaltenen Staatsbegräbnisses für die erschossenen SA-Männer, das Joseph Goebbels, Gauinspektor Gerhard Schach und seinen Vertreter Artur Görhlitzer zeigt, unterstreicht diesen Zusammenhang und nimmt deshalb eine besondere Stellung im Eingangsbereich der Ausstellung ein.

2. zeigt die Ausstellung an verschiedenen Punkten das Zusammenwirken von Staat und Partei auf: SA und SS agierten zumindest teilweise als Hilfspolizisten und verstanden sich selbst als die Vertreter »neuen Rechts«. Tagelang schritten weder Polizei und Justiz noch Staats- und Parteiführung gegen den Terror ein. Später hintertrieb die Gestapo jedwede Ermittlungen gegen verantwortliche SA-Männer. Für den NS-Staat war die massive öffentliche Gewalt der »Köpenicker Blutwoche« ein Experimentierfeld. Wie weit konnte das Regime gehen?

3. wird in der Ausstellung auf die Funktion(en) der Gewalt eingegangen. Bei der SA-Gewalt während der »Köpenicker Blutwoche« handelt es sich um terroristische Methoden einer modernen Diktatur. Die Auswirkungen der Misshandlungen konnten



Bis heute erhaltener Nachbau einer Zelle, undatiert

verheerende Folgen haben und zielten auf Leib und Leben des Gegenübers. Besonders von der SA als »Bonzen« verleumdete Funktionäre und Reichstagsabgeordnete waren von der Gewalt betroffen. Neben Sozialdemokraten und Kommunisten richtete sich die Gewalt vor allem auch gegen Juden. Die bis dahin für viele SA-Männer durch die Machtübernahme ausgebliebenen Verbesserungen im Erwerbsleben wurden nicht selten durch Gewalt kompensiert. Doch die Gewalt der SA-Männer zielte nicht nur auf einzelne missliebige Personen, sondern auch auf deren Eheleute, Töchter und Söhne, auf Geschwister, Verwandte und Bekannte.

4. hebt die Ausstellung die nachbarschaftliche Dimension der Ereignisse in Köpenick hervor. So wird deutlich, dass sich Opfer und Täter, mitunter Bewohner desselben Hauses, kannten und die Verhaftungen sowie Misshandlungen neben einer ideologischen Motivation auch oft als persönliche Abreibungen, Habgier, die jedoch ebenso als »Formen einer bössartigen Herrenmenschen-Mentalität«¹³ zu begreifen sind. Männer und Frauen wurden vor den Augen ihrer Nachbarn von der SA abgeführt, ihre Wohnungen für jedermann sichtbar durchsucht und verwüstet. Gerade die scheinbare Willkürlichkeit, mit der die SA ihre Opfer – parteilose Arbeiter, Nachbarn, Menschen, die denunziert wurden, oder persönliche Feinde – aufsuchte und verschleppte, löste permanente Angst und Hoffnungslosigkeit aus. Ehemalige Nachbarn konnten als Zeugen noch in den 1950er Jahren Täter und Ereignisse genau benennen. Während ein Großteil der Bevölkerung die Verhaftungs- und Terrorwelle weitgehend passiv verfolgte, können auch verschiedene Formen von Widerstand und Hilfe für die Betroffenen nachgewiesen werden.

5. setzt sich die Ausstellung mit den weitreichenden Folgen der »Köpenicker Blutwoche« für die Betroffenen auseinander. So stehen nicht nur die akuten physischen und psychischen Leiden der Opfer im Vordergrund, um deren rechtliche Anerkennung zahlreiche Überlebende und Angehörige in Entschädigungsverfahren nach 1945 kämpften. Darüber hinaus werden auch nachfolgende Repressionsmaßnahmen wie KZ-Haft, der finanzielle und soziale Abstieg, verursacht durch Vandalismus, Zwangsräumungen, Arbeitsverlust und anhaltenden Druck seitens der SA thematisiert. Eng damit verbunden sind auch Flucht und Emigration vieler Opfern und die damit einhergehende Zerstörung ganzer Netzwerke und Familien.

6. richtet die Ausstellung den Blick auf die Rezeption im In- und Ausland: So berichtete nicht nur die deutsche Exilpresse kritisch über die Ereignisse in Köpenick. Auch renommierte Zeitungen im Ausland schrieben über den SA-Terror. Die NS-Führung ihrerseits beobachtete die ausländische Korrespondenz mit Argwohn.

Die gestalterische Neukonzeption übernahm der Grafikdesigner Norbert Günther, der in der Vergangenheit dutzende Ausstellungen an NS-Gedenkortern gestaltete. Da die bauliche Substanz des Ortes über die Jahrzehnte überformt wurde und zumindest die von der Gedenkstätte genutzten Räume schon mangels Wissen und Bildmaterial um das tatsächliche Aussehen um 1933 nicht rekonstruierbar wären, die Wirkung des Ortes also einzig durch seine sichtbare Ursprungsfunktion als Gefängnis erkennbar wird, konzentriert sich die Ausstellung auf ein zurückhaltendes Gestaltungskonzept und klare Ordnungen. So konnte die Wirkung des Ortes erhalten werden. Die sich auf zwei Etagen erstreckende Ausstellung wurde in elf thematisch aufeinander aufbauende Module untergliedert, von denen wiederum neun in jeweils drei einzelne Wandtafeln mit den Maßen 96 × 96 cm unterteilt wurden. Für weitere, sich mit den Täterbiografien

beschäftigende Module wurden die Maße von je 210 × 60 cm verwandt. Die beiden Tafeln befinden sich im unteren Zellengang. An der gegenüberliegenden Wand des oberen Zellengangs ist das Zitat einer Zeugenaussage angebracht, das noch einmal auf die nachbarschaftliche Dimension der »Köpenicker Blutwoche« verweist.

Ausblick

Seit Jahren führt die Gedenkstätte auf dem Hof des Köpenicker Amtsgerichts ein eher bescheidenes Dasein. Bis heute hat sie lediglich an einem Tag in der Woche geöffnet. Eine ständige wissenschaftliche sowie pädagogische Begleitung existiert nicht. Ein im Herbst 2008 von der Linksfraktion in die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick eingebrachter Antrag, das Bezirksamt möge sich dafür engagieren, »dass die Gedenkstätte »Köpenicker Blutwoche Juni 1933« wegen ihrer Einmaligkeit und Authentizität in die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes aufgenommen wird«¹⁴, scheiterte. Offenbar konnte damals weder die überregionale bzw. nationale Bedeutung des Ortes nachgewiesen noch ein durchdachtes Projekt Konzept vorgelegt werden. Erst das vom Land Berlin initiierte und von der landeseigenen Kulturprojekte Berlin GmbH durchgeführte Themenjahr »Zerstörte Vielfalt. Berlin 1933–1938–1945« bot durch seine Förderung und die gesteigerte gesellschaftliche wie mediale Aufmerksamkeit die Möglichkeit, die Köpenicker Gedenkstätte in der sog. Gedenkstättenlandschaft erneut zu platzieren.

Diese Chance muss genutzt werden, steht doch zu befürchten, dass die Gedenkstätte mit ihrer neuen Ausstellung und den erarbeiteten Erkenntnissen ohne weiterführende Projekte und schließlich eine kontinuierliche wissenschaftliche wie pädagogische Begleitung erneut in Vergessenheit gerät. Der Bezirk allein wird diese Last nicht tragen können. Auch der Senat ist in der Verantwortung, diesen einmaligen authentischen Ort des frühen NS-Terrors in Berlin langfristig zu erhalten.

Nicht zuletzt muss die Zukunft des Standortes gesichert werden: Das historische Gebäude, das zum größten Teil dem Verfall preisgegeben wurde, befindet sich in der Verwaltung der landeseigenen BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH, die sich offenbar um verschiedene Nutzungen bemüht. Am 9. Oktober 2013 berichtete das Nachrichtenformat Abendschau des Regionalsenders Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) über die Pläne des Eventmanagers und Künstlers Matthias Schlesinger, Kunst im nicht von der Gedenkstätte genutzten Gefängnistrakt auszustellen.¹⁵

Der Abschluss des seit 2012 gelaufenen Forschungs- und Ausstellungsprojekts der Gedenkstätte bedeutet nicht das Ende eines Prozesses, sondern markiert einen Neuanfang. Im Laufe des Jahres 2014 und in den darauf folgenden Jahren werden sukzessive verschiedene Bereiche der Gedenkstätte angegangen:

Besonders die Erarbeitung eines pädagogischen Programms für Schulklassen und andere Gruppen steht im Vordergrund der zukünftigen Bemühungen. Bisher können lediglich Führungen angeboten werden, die um mehrstündige Formate wie Lernwerkstätten oder Projektstage ergänzt werden müssen. Ein Angebot für regelmäßige Führungen, die sich nicht nur an Schulklassen, sondern ebenso an interessierte Bürgerinnen und Bürger richten, existiert bislang nicht. Doch die in den vergangenen Jahren unterbrochene Verbindung zwischen Gedenkstätte und bezirklichen Schulen muss wieder aufgenommen werden. Dabei soll nicht nur der Gedenkort selbst mit seiner Ausstellung Raum bieten, sich mit der Geschichte des frühen öffentlichen NS-Terrors zu befassen.

Auch müssen Konzepte für ein spielerisches Kennenlernen der Kieze rund um das ehemalige Amtsgerichtsgefängnis und ihrer mit der »Köpenicker Blutwoche« unmittelbar verbundenen Geschichte entwickelt werden. Die VVN-BdA Köpenick e.V. bemüht sich daher derzeit in Kooperation mit der Gedenkstätte um den Aufbau einer App, die es der Nutzerin oder dem Nutzer ermöglicht, mithilfe eines internetfähigen Smartphones in der Gruppe oder individuell verschiedene Täterorte sowie Wohnorte von Opfern aufzusuchen und so einen historischen Kiezspaziergang erleben zu können. Dabei bewegt sich der/die Nutzer/in mit einer von der App bereitgestellten Karte. Über GPS-Signale wird der Standort bestimmt und die jeweilige Hörblase angewählt. Zusätzlich können auf dem Smartphone verschiedene Fotos und Dokumente angesehen werden. Mit der technischen Umsetzung dieses sog. Audiowalks haben Projekte wie »kudamm'31« über die antisemitischen Kurfürstendammkrawalle vom 12. September 1931 bereits gute Erfahrungen gesammelt.¹⁶

Auch die Ausstellung selbst kann und muss weitere Ergänzungen erfahren. So fehlt derzeit ein adäquater Ort des Gedenkens in der Einrichtung. Weder die inzwischen in einer Zelle untergebrachte Glasplatte mit entsprechender Inschrift, die 1995 zunächst im Betsaal aufgestellt wurde, noch die bis heute dort gezeigte Lichtinstallation können diesen Zweck erfüllen. Ideen gibt es viele, derzeit scheidet es an den finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung. Eine Tafel mit den Namen der namentlich bekannten 23 Todesopfer der »Köpenicker Blutwoche«, die noch fehlt und zukünftig im Betsaal angebracht wird, kann gleichzeitig der Erinnerung dienen und Information bieten. Ebenso fehlen bis dato kommentierende Tafeln für den aus DDR-Zeit stammenden Zellennachbau und eine alte Gedenktafel, die einst am ehemaligen Sturmlokal »Demuth« angebracht war. So könnte sich der/die Besucher/in auch über die DDR-Rezeption der »Köpenicker Blutwoche« und gleichzeitig über frühere Konzepte der Erinnerung und historischen Vermittlung informieren. Nicht zuletzt würden so vorhergehende Phasen der Gedenkstätte selbst sichtbar. Zukünftig wird die Ausstellung auch einmaliges zeitgenössisches Filmmaterial zeigen: In Dauerschleife ist dann der nahezu sechsminütige NS-Propagandafilm »Drei Opfer eines marxistischen Mordschützen« über den SA-Trauermarsch und das Begräbnis der getöteten SA-Männer zu sehen. Die Aufführungsrechte für dieses beeindruckende Quellendokument liegen beim Bundesarchiv-Filmarchiv, mit dem zunächst eine Einigung gefunden werden muss.

Weitere Baustelle der Gedenkstätte ist auch die Modernisierung und Pflege von Archiv und Präsenzbibliothek. Zuletzt wurde der Archivbestand aus dem im Museum Köpenick befindlichen Bezirksarchiv ausgegliedert und liegt nun in der Gedenkstätte. Die Präsenzbibliothek selbst ist veraltet und bedarf Investitionen. Begonnen wurde 2012 mit der Digitalisierung des Archivbestandes durch einen Archivar. Damit sollen die Voraussetzungen für eine Online-Recherche auf der neuen Gedenkstätten-Homepage geschaffen werden.

Langfristig wird die Gedenkstätte nur mithilfe starker Kooperationspartner auf den verschiedenen Ebenen zu sichern sein. Der Bezirk Treptow-Köpenick allein ist mit der Unterhaltung der Einrichtung überfordert. Hier muss auch das Land Berlin mittelfristig in die Pflicht genommen werden, hat die Gedenkstätte doch potenziell überregionale Bedeutung und ist eine der wenigen dauerhaften Einrichtungen, die sich überhaupt mit dem frühen öffentlichen NS-Terror um 1933/34 befasst. Dies wird nicht zuletzt im Austausch mit dem Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße deutlich, der, ebenso wie der

Austausch mit weiteren thematisch ähnlich ausgerichteten Erinnerungsorten in Berlin und Brandenburg, sinnvoll ausgeweitet werden muss.

Amelie Artmann, MA, ist freiberufliche Historikerin und war zuletzt für das Ausstellungsprojekt »SA-Terror als Herrschaftssicherung. Die ›Köpenicker Blutwoche‹ und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus« tätig.

Yves Müller, MA, ist freiberuflicher Historiker, zuletzt für das Ausstellungsprojekt »SA-Terror als Herrschaftssicherung. Die ›Köpenicker Blutwoche‹ und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus« tätig und Mitarbeiter am Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick.

- 1 Ein Teil der Korrespondenz befindet sich im Museum Köpenick (Archiv, Pressearchiv, Nummer 24.1)
- 2 Zur Rolle des Amtsgerichtsgefängnis siehe auch: Iris Helbing, Das Amtsgerichtsgefängnis Köpenick in seiner Funktion als frühes Konzentrationslager während der »Köpenicker Blutwoche«, in: Alexandra Klei u.a. (Hg.), Die Transformation der Lager. Annäherung an die Orte nationalsozialistischer Verbrechen, Bielefeld 2011, S. 247–260.
- 3 Schreiben des Obersturmführers Herbert Gehrke vom 14. 8. 1933, Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep. 300.
- 4 »Schlußfolgerungen für eine wirksame Vermittlung von Kenntnissen und Erkenntnissen über den antifaschistischen Widerstandskampf und die Pflege der revolutionären Traditionen des antifaschistischen Widerstandskampfes«, verfasst Dr. Christine Köhler, Politische Mitarbeiterin der Bezirksleitung der SED Leipzig, Mai 1981, S. 18 f.; SAPMO-Barch, DY 57/194.
- 5 »Beitrag für die Konzeption zur Erarbeitung des Jahresberichtes der Zentralleitung« des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, Bereich Geschichte/Forschung, 19. 10. 1988; SAPMO-Barch, DY 57/187.
- 6 Thomas Flierl, Das antifaschistische Traditionskabinett als ideologischer Staatsapparat, in: Kulturamt Prenzlauer Berg/Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. (Hg.), Mythos Antifaschismus. Ein Traditionskabinett wird kommentiert, Berlin 1992, S. 12–36, hier: S. 16.
- 7 Siehe »Plan der massenpolitischen Arbeit des Kreiskomitees Berlin-Köpenick der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1981«, ohne Datum, S. 7; Nachlass Erwin Schulz, Privatbesitz.
- 8 »Protokoll der Leitungssitzung am 23. April 1981« des KdAW der DDR, Kreiskomitee Köpenick, 25. 4. 1981, S. 3; Nachlass Erwin Schulz, Privatbesitz.
- 9 Siehe »Entwurf. Zuarbeit zur Beschlussvorlage über die Einrichtung eines ständigen Traditionskabinetts ›Der Antifaschistische Widerstand 1933–1945 in Berlin-Köpenick«, 23. 4. 1985, S. 2; Bestand des VVN-BdA Köpenick.
- 10 Heute: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Köpenick e.V.
- 11 Siehe Presseauswahl:
www.ghi-dc.org/index.php?option=com_content&view=article&id=1405&Itemid=1219
- 12 Siehe Stefan Hördler (Hg.), SA-Terror als Herrschaftssicherung. »Köpenicker Blutwoche« und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus, Berlin 2013.
- 13 Mathilde Jamin, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Gerhard Hirschfeld, Lothar Kettenacker (Hg.), Der Führerstaat. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 329–360, hier S. 348.
- 14 Antrag VI/0826 Aufnahme der Gedenkstätte »Köpenicker Blutwoche Juni 1933« in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes vom 16. 10. 2008.
- 15 Vgl. auch www.schlesingerevents.de.
- 16 Siehe kudamm31.com.

Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin

SILVIJA KAVČIČ, SÖREN SCHNEIDER UND SOPHIA SCHMITZ

1996 verlegte Gunter Demnig in Berlin erstmals Stolpersteine – damals noch illegal im Rahmen einer Kunstaktion. Es ist dem Engagement von Steven Robins zu verdanken, dass im Jahr 2000 Stolpersteine für seine Familienangehörigen mit behördlicher Genehmigung verlegt werden konnten. Aus Südafrika kommend war er, den Spuren seiner Angehörigen folgend, in Kreuzberg auf diese gestoßen.

Nicht nur in Berlin wurde diese Idee seither von vielen Angehörigen NS-Verfolgter, Privatpersonen, Gruppen und Schulklassen aufgegriffen und bereits 2005 ergab sich aufgrund des organisatorischen Aufwandes in einer Stadt wie Berlin die Notwendigkeit, eine koordinierende Institution zu errichten. Diese Aufgabe machte sich die Senatskanzlei für kulturelle Angelegenheiten zu eigen.

Inzwischen ist das Projekt von Gunter Demnig kontinuierlich gewachsen, dies dokumentieren die über 40 000 verlegten Stolpersteine in 17 europäischen Staaten, davon allein über 5000 in Berlin.

Der Erfolg dieses Projektes – das als soziale Skulptur oder auch als größtes dezentrales Denkmal bezeichnet wird – liegt sicherlich an den vielfältigen Partizipationsangeboten. Jede Person kann sich im Rahmen ihrer Bedürfnisse und Möglichkeiten engagieren. Die Bandbreite reicht von ausschließlich finanzieller Unterstützung, den minutiösen Recherchen zur Lebensgeschichte einer von den Nationalsozialisten verfolgten Person, der Suche nach noch lebenden Angehörigen bis hin zum regelmäßigen Putzen der Stolpersteine.

Die meisten Arbeiten rund um eine Stolperstein-Verlegung werden ehrenamtlich geleistet. In Berlin gibt es in jedem Bezirk eine Initiative, die diese Aufgaben übernimmt, häufig sind diese angegliedert an Bezirksmuseen oder Kirchengemeinden. Von 2005 bis 2011 war die Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin – die auch die Arbeiten rund um die Stolperstein-Verlegungen in Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte übernahm – eine temporäre Einrichtung mit befristet tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, meist aus dem zentralen Personalüberhangmanagement des öffentlichen Dienstes.

Doch die Aufgaben im Projekt Stolpersteine wurden immer vielfältiger und es erschien auch in Vorbereitung eines gemeinsamen Webauftritts aller Berliner Stolperstein-Initiativen sinnvoll, eine institutionelle Förderung in Betracht zu ziehen. Dies waren sicherlich einige der Gründe, die dazu führten, dass der Berliner Senat 2011 entschied, die Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin langfristig mit einem eigenen Etat auszustatten und beim Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. anzugliedern. Die vorgesehenen Ausschreibungen einer vollen und zwei halber Stellen konnten jedoch aufgrund der Haushaltssperre nicht vorgenommen werden, sondern mussten auf den Sommer 2012 verschoben werden. Diese führte dazu, dass 2012 zunächst alle erforderlichen Aktivitäten mit geringsten finanziellen Mitteln umgesetzt werden mussten. Dies gelang, dank des Engagements der kommissarischen Leiterin Marion Neumann und den beiden Praktikanten Liza Jost und Thomas Stöppler und der Unterstützung durch Mitglieder des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., sodass auch unter diesen erschwerten Bedingungen alle geplanten Verlegungen durch Gunter Demnig in Berlin stattfinden konnten.



Atelier des Bildhauers
Michael Friedrichs-
Friedlaender in Buch
und seine »Stolper-
stein-Schreibmaschine«

Die Besetzung der Stelle fand ab Sommer 2012 statt und im Dezember begann der personelle und organisatorische Neuanfang der Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin im Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Der Neubeginn war geprägt durch die am 14. Januar 2013 erfolgte Freischaltung des Webportals www.stolpersteine-berlin.de. Auf einer virtuellen Berlinkarte kann seither die interessierte internationale Öffentlichkeit zu allen derzeit in Berlin verlegten Stolpersteinen recherchieren. Die Informationen sind nach Bezirk oder Straße abrufbar, selbstverständlich kann auch nach Namen und nach Gründen der Verfolgung gesucht werden. Waren die Recherchen im Vorfeld einer Stolperstein-Verlegung erfolgreich, wird zudem die Biografie und im Idealfall auch ein Foto der Person präsentiert. Sukzessive sollen alle Biografien zumindest ins Englische übersetzt werden. Die Homepage basiert auf einer von allen Berliner Stolperstein-Initiativen gemeinsam genutzten Datenbank, in der alle Informationen rund um eine Verlegung notiert werden können, wie zum Beispiel die Namen der Initiatoren, den erfolgreich oder erfolglos besuchten Archiven und Namen von Angehörigen.

Das Webportal ist das Ergebnis eines dreijährigen Diskussionsprozesses zwischen Herrn Prof. Dr. Ulf Leser, seiner damaligen Studentin Magda Soyka (und inzwischen verantwortlichen Programmiererin) und den Vertreterinnen und Vertretern der Berliner Stolperstein-Initiativen. Es war die Anschubfinanzierung des Hauptstadtkulturfonds in Vorbereitung des »Themenjahrs 2013 – Zerstörte Vielfalt«, die den noch fehlenden Impuls zur Umsetzung des Vorhabens gab. Seit Oktober 2012 ist eine der beiden halben Stellen mit einer pädagogischen Mitarbeiterin besetzt. Schon lange arbeiten Schulklassen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern zu Stolpersteinen, recherchieren Biografien, suchen Angehörige, informieren andere über das Projekt und bereiten Gedenkfeiern vor. Nun kann die Koordinierungsstelle interessierten Pädagoginnen und Pädagogen im schulischen wie außerschulischen Bereich beratend zur Seite stehen. Dabei verortet sich das Team der Koordinierungsstelle innerhalb der Holocaust Education. Über die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und nationalsozialistischer Deportations- und Vernichtungspolitik sollen Jugendliche auch für aktuelle Ausgrenzungs- und

Verlegung von Stolpersteinen in der Kommandantenstraße 68/69 im Mai 2008
Fotos: Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin



Diskriminierungserfahrungen sensibilisiert werden. Daher liegen uns Stolpersteine für Verfolgtengruppen, die im öffentlichen Gedächtnis der BRD marginalisiert sind, wie zum Beispiel Sinti und Roma, Opfer der »Euthanasieprogramme« oder als »asozial« stigmatisierte Menschen besonders am Herzen. Zudem wollen wir alle, die pädagogisch zu und mit Stolpersteinen arbeiten miteinander ins Gespräch bringen. Daher organisieren wir in vierteljährlichem Abstand Treffen, in denen sich alle Interessierten über pädagogische Aspekte ihrer Arbeit austauschen und Tipps und Hinweise weitergeben können.

In den nächsten Monaten wird pädagogisches Begleitmaterial fertiggestellt werden, das Lehrerinnen und Lehrern mit detaillierten Recherchehinweisen helfen soll, entsprechende Projekte durchzuführen. Bei diesen Hinweisen wollen wir uns nicht nur auf die biografische Recherche beschränken, sondern Lehrer und

Lehrerinnen anregen, sich mit allen Akteuren und auch den Profiteuren nationalsozialistischer Verfolgungspraxis zu befassen. Darüber hinaus möchten wir auffordern, sich nicht nur auf das Leben der Verfolgten zu beziehen, sondern auch den Stadtraum in der pädagogischen Arbeit zu berücksichtigen, denn die Geschichte des Ortes stellt eine direkte Verknüpfungslinie ins Hier und Jetzt der Jugendlichen dar. Der von allen geteilte, vertraute Ort ruft Interesse hervor und bietet so eine weitere Ebene bei der Auseinandersetzung mit Verfolgenschicksalen.

Neben diesen Neuerungen bleiben die drei bis vier Mal jährlich stattfindenden Verlegungen von neuen Stolpersteinen durch Gunter Demnig ein Schwerpunkt der Arbeit der Koordinierungsstelle. Das große europaweite Interesse an Stolperstein-Verlegungen macht eine langfristige und minutiöse Planung erforderlich. Die genauen Termine für eine Verlegung sind etwa sechs Monate vorher bekannt. Die bezirklichen Stolperstein-Initiativen melden ihr Interesse und die gewünschte Anzahl von Stolpersteinen häufig noch früher an. Selbstverständlich bemühen wir uns, möglichst alle Wünsche

gleichermaßen zu berücksichtigen, was nicht immer gelingt. Die erste Fassung der Inschrift für einen Stolperstein muss drei Monate vor einer Verlegung vorliegen und durchläuft insgesamt drei Korrekturdurchläufe. Diese Etappen sind erforderlich, um die Rechercheergebnis, die auf die wenige Zeilen umfassenden Inschriften komprimiert werden, auf Stichhaltigkeit zu prüfen und mit neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen abzugleichen. Auch wenn das Projekt wächst und immer wieder Stimmen laut werden, dass die Produktion erweitert werden sollte, sind Gunter Demnig und sein Team der Überzeugung, dass jeder Stolperstein ein handgefertigtes Unikat bleiben soll und sich eine Massenproduktion aus Respekt vor den Verfolgten verbietet. Das Projekt verbleibt aufgrund der unermesslichen Opferzahlen im Rahmen des symbolischen Gedenkens, in dem es nicht darum gehen kann, schlussendlich jedem Verfolgten einen Stolperstein zu widmen, als es vielmehr so zu etablieren, dass jeder Stolperstein zur Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen sowie mit dem europaweiten Widerstand dagegen beiträgt.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist uns, die bereits vorhandenen Stolpersteine in die Berliner Erinnerungskultur einzubinden. Als einen Schritt in diese Richtung betrachten wir die Publikation »Stolpersteine in Berlin – 12 Kiezspaziergänge« zum Abschluss des »Themenjahrs 2013 – Zerstörte Vielfalt«. Dieses Buch ist ähnlich wie ein Reiseführer aufgebaut und versammelt neben einigen übergreifenden Texten zum Projekt insgesamt zwölf Kiezspaziergänge, die es der Berliner Bevölkerung sowie Besuchern und Besucherinnen ermöglichen, sich der Stadtgeschichte während der nationalsozialistischer Herrschaft anzunähern und mehr über ehemalige Berlinerinnen und Berliner zu erfahren. Diesem ersten Band sollen in unregelmäßigen Abständen weitere folgen.

Dank der institutionellen Förderung kann die Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin den bezirklichen Initiativen zusätzliche Angebote machen. So fanden in der ersten Jahreshälfte 2013 Schreibwerkstätten statt. In diesen ganztägigen Seminaren konnten sich die Teilnehmenden mit verschiedenen Aspekten des biografischen Schreibens vertraut machen. Zudem werden regelmäßig Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen relevanter Archive zu Vorträgen eingeladen bzw. die Mitglieder der bezirklichen Initiativen nehmen an einem vor Ort durchgeführten Archivworkshop teil. Diese Veranstaltungen sind Unterstützungsangebote, um die oft langwierigen und verschlungenen Recherchewege zu verkürzen und die auf große Resonanz stießen.

In den nächsten Jahren wird ein zusätzliches Augenmerk der Koordinierungsstelle darauf liegen, die noch fehlenden Biografien für das Webportal zu recherchieren. Die Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin zieht nach einem Jahr Arbeit im neuen Team Bilanz und ist erfreut über die zahlreichen positiven Rückmeldungen zu den bislang beschrittenen Wegen. Das ermuntert uns, neue Projekte in Angriff zu nehmen, weitere Kooperationspartner zu finden und die ehrenamtliche Arbeit am Projekt zu verstärken. Ideen und Vorschläge dazu sind höchst willkommen, auf diese sind wir gespannt und freuen uns darauf.

Autor und Autorinnen sind in der Koordinierungsstelle Stolperstein Berlin tätig.

Sören Schneider organisiert und koordiniert die Stolperstein-Verlegungen und betreut den Online-Auftritt der Koordinierungsstelle.

Sophia Schmitz ist pädagogische Mitarbeiterin der Koordinierungsstelle.

Dr. Silvija Kavčič leitet die Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin.